

Klimaschutz im Gesundheitswesen – ein Statusbericht

Friederike Kreßler, Kerstin Blum, Jürgen Graalmann und Tim Kuschel

September 2025

Inhalt

Vorbemerkung	3
1 Entwicklung der politischen und systemischen Landschaft	4
1.1 Klimapolitik im gesellschaftlichen Diskurs: Folgt auf die Fortschrittsjahre ein Rollback? 4	
1.2 Gesundheitspolitische Entwicklungen: Ein System im Krisenmodus	8
1.3 Klimaschutz im gesundheitspolitischen Raum: Europa treibt Entwicklung über Regulatorik, Deutschland fördert (bisher) ohne praktische Wirkung.....	10
1.4 Klimaschutz im Gesundheitswesen: Fortschritte bei Awareness und Konzepten, Stagnation in der Umsetzung.....	14
2 Fazit	22
2.1 Zukunftsaufgaben des Gesundheitswesens mit Blick auf Klimaschutz	22
2.2 Ableitungen für ein klimafreundliches Gesundheitswesen	23
Referenzen.....	27

Vorbemerkung

Die vorliegende Analyse befasst sich in Form eines Statusberichtes mit den politischen und systemischen Entwicklungen zu Klimaschutz im Gesundheitswesen. Erstellt wurde diese im Auftrag der Stiftung Mercator retrospektiv für den Betrachtungszeitraum 2021 bis 2025, wobei die Amtsübernahme der neuen Bundesregierung am 6. Mai 2025 – Tag der Vereidigung von Bundeskanzler Friedrich Merz – den zeitlichen Endpunkt der Analyse darstellt. Grundlage für der Analyse bildeten eine systematische Dokumentenanalyse sowie 22 Experteninterviews, auf deren Basis strategische und politische Empfehlungen für eine klimafreundliche Transformation des Gesundheitswesens abgeleitet wurden.

Autor:innen

Die Brückenköpfe GmbH ist eine Konzept- und Beteiligungsagentur im Gesundheitswesen, deren Geschäftsführer und Partner jahrzehntelange Erfahrung an der Spitze des Deutschen Gesundheitswesens vereinigen. Sie verfügen über ein einmaliges Netzwerk zu den Top-Entscheider:innen und verstehen Entscheidungsprozesse im komplexen Gesundheitswesen durch ihre komplementären Sichtweisen. Das vertiefte Systemverständnis verbindet sich mit praktischen Erfahrungen in der Politik, bei Kostenträgern und Leistungserbringern, dem Verlagswesen, der Gesundheitsvorsorge und dem Investmentbereich.

Friederike Kreßler arbeitet seit 2022 als Senior Projektmanagerin bei den Brückenköpfen. Nach dem Studium sammelte sie umfangreiche Erfahrungen im gesundheitspolitischen Umfeld als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag, Referentin im Bundesministerium für Gesundheit und Vorstandsreferentin im AOK-Bundesverband.

Kerstin Blum ist Senior Projektmanagerin bei den Brückenköpfen. Daneben ist sie Geschäftsführerin der Stiftung Gesunde Erde – Gesunde Menschen gGmbH (GEGM), die sie seit 2019 mit dem Gründer Dr. Eckart von Hirschhausen aufbaut.

Jürgen Graalmann ist seit 25 Jahren im Gesundheitswesen aktiv. Nach Studium und Stationen in der privaten Krankenversicherung war er lange Jahre Leiter Gesundheits- und Unternehmenspolitik der BARMER, danach AOK-Politik-Geschäftsführer und bis 2015 Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbandes. Er ist Gründer und Geschäftsführer der Berliner Konzept- und Beteiligungsagentur Die Brückenköpfe sowie Geschäftsführer des Deutschen Pflegetages, den er 2014 mit initiiert hat.

Tim Kuschel studierte Wirtschaftsingenieurwesen (MSc) mit dem Schwerpunkt Gesundheitstechnik an der TU Berlin und der University of Oslo. Seit mehr als 5 Jahren arbeitet er an verschiedenen Projekten im Gesundheitswesen und beschäftigt sich dabei insbesondere mit dem Thema neuer Versorgungsstrukturen und -pfaden für eine gerechtere, bezahlbare und widerstandsfähige Gesundheitsversorgung. Aktuell arbeitet er als Projektmanager bei den Brückenköpfen.

1 Entwicklung der politischen und systemischen Landschaft

1.1 Klimapolitik im gesellschaftlichen Diskurs: Folgt auf die Fortschrittsjahre ein Rollback?

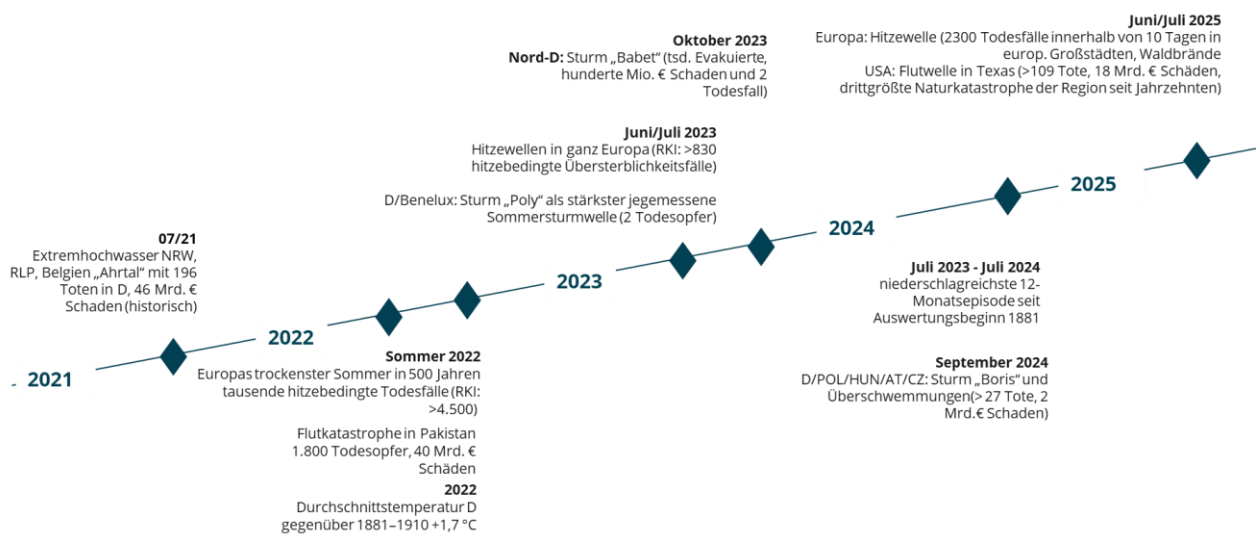
Nachdem die Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit lange Zeit in der Politik ein Schattendasein in der „Grünen Ecke“ fristeten, wuchs ab spätestens 2019 nicht nur parteiübergreifend – die AfD ausgenommen – das Bewusstsein für die Klimakrise und die Notwendigkeit gegensteuernder Maßnahmen, sondern auch die Aufmerksamkeit für die Folgen in allen Gesellschaftsschichten. Die Klimakrise ist die größte Bedrohung der menschlichen Gesundheit im 21. Jahrhundert – daran besteht (wissenschaftlich) kein Zweifel mehr.

Ab dem **Frühjahr 2020** hielt die Covid-19-Pandemie die Welt und Deutschland in Atem und viele Themen außerhalb des Infektionsschutzes wurden zur Nebensache. Gesellschaftlich, wirtschaftlich, politisch – die Prioritätensetzung verschob sich. Auch die Klimabewegung („Fridays for Future“) konnte das große Momentum von 2019 nicht aufrechterhalten, allein schon, da die Kontaktbeschränkungen der Pandemiejahre die Klimademonstrationen unmöglich machten. Doch durch die Verbindung von Pandemie, Fragen der planetaren und globalen Gesundheit und Klimaschutz, sowie durch weitere Klima- und Wetterextreme in den Folgejahren, blieb die Klimakrise zumindest auf der gesellschaftlichen und politischen Agenda.

Globale Krisen und politische Umbrüche beeinflussten die Klimaschutzdebatte

Nach dem Aufstieg der Fridays for Future-Bewegung 2019 geriet das Thema Klimaschutz während der **Pandemie ab 2020** in der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit eher in den Hintergrund. Dabei hatte der Klimawandel trotz des – vor allem lockdownbedingten – Rückgangs der Treibhausgasemissionen Deutschlands nicht an seiner Bedeutung verloren. Die **Folgen der Erderwärmung** wirkten sich immer stärker in alle Lebensbereiche mit Folgen für Mensch, Umwelt, Wirtschaft und Infrastruktur aus (UBA 2023, vgl. Abb. 2). Das zeigte sich in Deutschland nicht zuletzt durch das Extremhochwasser im Sommer 2021 im Ahrtal mit 196 Toten allein in Deutschland und Schäden in Höhe von 46 Mrd. Euro. Die Temperaturrekorde werden von Jahr zu Jahr aufs Neue gebrochen. Allein bis 2022 stieg die Durchschnittstemperatur Deutschlands gegenüber 1881–1910 um rund 1,7 °C. Das Jahr 2023 war das heißeste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Es reiht sich damit ein in Jahre der immer weiter steigende Extreme (Copernicus 2023).

Abbildung 1: „Extremwetterereignisse im Betrachtungszeitraum“ (eigene Darstellung)



Durch das **Urteil des Bundesverfassungsgerichts im April 2021**, mit dem das Klimaschutzgesetz aus dem Jahr 2019 in Teilen als verfassungswidrig erklärt wurde, sah sich die damalige Große Koalition unter Angela Merkel zu einer Novellierung des Gesetzes gezwungen. Das Gericht bemängelte, dass Emissionsabgaben auf Zeiträume nach 2030 zu Lasten der jüngeren Generationen verschoben wurden. Das **angepasste Klimaschutzgesetz aus dem Juni 2021** verlegte das Ziel der Nettonull-Emissionen danach von 2050 auf 2045 und setzte verbindliche Zwischenziele (Bundestag 2021).

Nach dem Ahrtal-Hochwasser bestimmten im Sommer 2021 die Themen Klimawandel und Klimaschutz den zeitgleichen **Bundestagswahlkampf** und führten die Grünen zu ihrem historisch besten Ergebnis bei einer Bundestagswahl. Nach 16 Jahren CDU-geführten Regierungen stellten die folgenden Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, Grüne und FDP einen politischen Wendepunkt dar. Im Vergleich zur Bundestagswahl im Herbst 2017 gewann Bündnis 90/Die Grünen fast 6 Prozent Stimmen hinzu, bei gleichzeitigen Verlusten von CDU, CSU und AfD (vgl. Anhang 2). „**Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit**“ war der Untertitel, den die drei Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP für ihren Koalitionsvertrag im Dezember 2021 auswählten. Erstmals legte eine Regierung den Fokus auf Nachhaltigkeit und kündigte explizit für den Gesundheitsbereich ganz konkrete Maßnahmen am Nexus Klima und Gesundheit an, beispielsweise einen Nationalen Präventionsplan, in dessen Maßnahmenpaketen auch die Vorbeugung von klima- und umweltbedingten Gesundheitsschäden angedacht war. Mit der, auf Basis des Klimaanpassungsgesetzes gestalteten, nationalen Klimaanpassungsstrategie sollten messbare Ziele etwa in den Handlungsfeldern Hitzevorsorge, Gesundheits- und Allergieprävention einführt werden (SPD 2021).

Doch bereits im **Frühjahr 2022** sollten die Prioritätensetzung und Umsetzung des Koalitionsvertrages grundlegend in Frage gestellt werden. Mit **Russlands Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022** begann die größte kriegerische Auseinandersetzung auf europäischem Boden seit dem Zweiten Weltkrieg, mit Millionen Flüchtlingen und internationalen Sanktionen mit einschneidenden Auswirkungen auch auf die Energiepolitik in Europa. Der Stopp der Gasversorgung über die Nord-Stream-2-Pipeline aus Russland war einerseits ein Katalysator für

ein Umdenken in der deutschen Energiepolitik, andererseits überwogen dabei Themen wie Versorgungssicherheit gegenüber ambitionierten Klimazielen. Strategische Gas- und Kohlereserven wurden aufgebaut, LNG-Terminals errichtet und kurzfristig Kohlekraftwerke reaktiviert. Doch auch diese Krise hielt Fragen des Klimaschutzes implizit weiter in der öffentlichen Diskussion. Insgesamt verstärkten die kriegsbedingten Unsicherheiten den Fokus auf erneuerbare Energien, Speichertechnologien und eine Entkopplung von fossilen Importen.

Der Schwung des durchaus erfolgreichen Managements der Energiekrise konnte politisch allerdings nicht für die Klimaschutzdebatte genutzt werden. Die **Ampel-Regierung verlor sich in Streitigkeiten**, die zu großen Unsicherheiten in der Bevölkerung und der Wirtschaft führten. Exemplarisch hierfür steht die Diskussion um das Gebäudeenergiegesetz im Februar 2023. Begleitet von einer emotionalisierten öffentlichen Debatte führte die politische Auseinandersetzung in der Bundesregierung um das sogenannte „Heizungsgesetz“ zu einer Verunsicherung in der Bevölkerung gegenüber Maßnahmen gegen energieintensive Energieträger. So sanken 2024 die Verkäufe von Wärmepumpen in Deutschland um ca. 46 Prozent gegenüber dem Boom 2022/23 (bwp e.V. 2025). Trotz prozentual steigender Verkaufszahlen von klimafreundlichen Heizformen im ersten Halbjahr 2025, blieben die absoluten Zahlen hinter den politischen Zielen zurück (BDH 2025). Die Sektoren Gebäude und Verkehr insgesamt erreichten die von der Bundesregierung gesteckten CO₂-Minderungsziele in Folge nicht (Agora Energiewende 2023).

Ein Blick auf die **Landtagswahlen**, die im Betrachtungszeitraum stattfanden, zeigt auch für die regionale Ebene eine Verschiebung politischer Mehrheiten und zieht damit eine inhaltliche Verschiebung der Klimaschutz-Debatte nach sich. Die CDU/CSU hat über alle Bundesländer hinweg zwischen den letzten Landtagswahlzyklen netto 14,9 Prozent mehr Stimmen erhalten. Bei der AfD lag der Nettogewinn bei 14,7 Prozent, bei Bündnis 90/Die Grünen bei 1,6 Prozent. Die größten Nettoverluste über alle Bundesländer hinweg verzeichnete die SPD mit Minus 12,4 Prozent. Somit fehlte es in den meisten Bundesländern an einer zahlenmäßig tragenden Koalitionsoption für klimaschutzrelevante Themen.

Das **Jahr 2024** stellt wiederum eine wichtige Zäsur im politischen und gesellschaftlichen Diskurs über Klimaschutz dar. Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2024 und die Wahl Donald Trumps zum 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten sind zwei einschneidende Beispiele für die Verschiebung der politischen Mehrheiten hin zu konservativen, klimaschutzkritischen Parteien, die sich auch auf die politische Meinungsbildung und damit den öffentlichen Diskurs auswirkten. So verkündete Donald Trump noch am Tag seiner Vereidigung u.a. den Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen (Deutschlandfunk 2025).

Im **November 2024** zerbrach in Deutschland die sog. „Fortschrittskoalition“ und der folgende Bundestagswahlkampf unterschied sich in der politischen Schwerpunktsetzung eklatant von dem im Jahr 2021. Klimaschutz spielte eine nachgeordnete Rolle, zugunsten von wirtschafts-, sicherheits- und migrationspolitischen Themen.

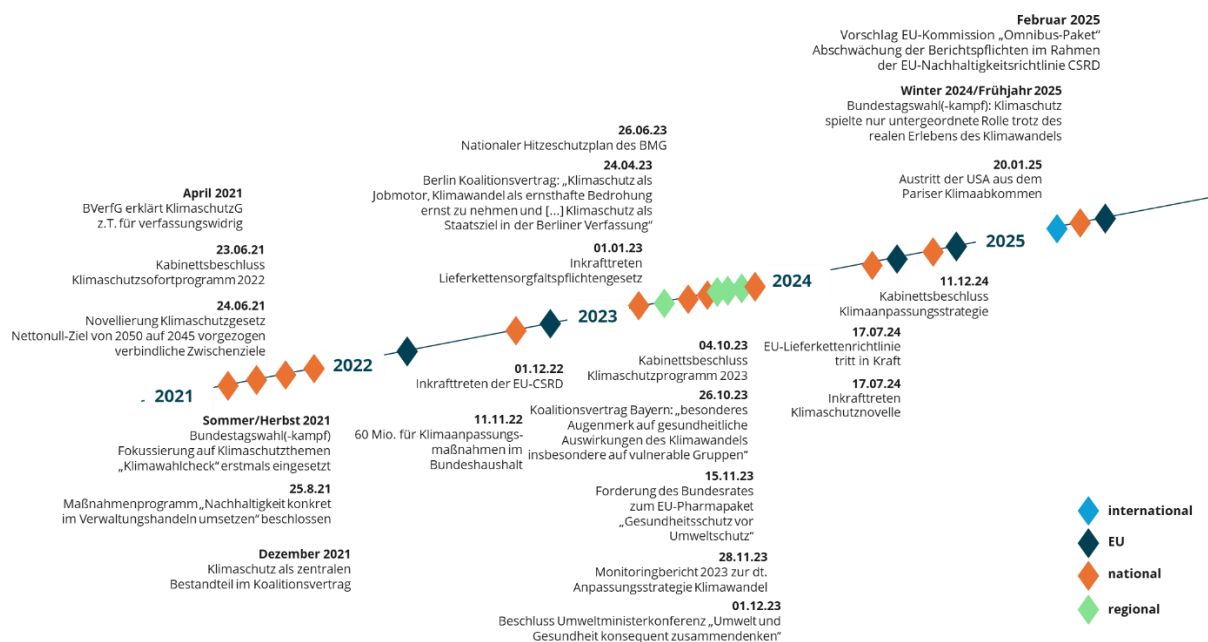
Bei der **Bundestagswahl 2025** gewannen dann neben CDU und CSU vor allem die AfD Stimmen im zweistelligen Bereich (10,4 Prozent) hinzu – und verdoppelten damit ihren Anteil an der Wählerschaft im Vergleich zur Bundestagswahl 2017. Die Verluste von Bündnis 90/Die Grünen lagen mit -3,1 Prozent absolut zwar im unteren einstelligen Bereich; im Verhältnis zu ihrem Gesamtstimmenanteil 2021 (14,7 Prozent) verloren sie allerdings über 20 Prozent ihrer

Wählerschaft. Mit einem absoluten Stimmenverlust von über 9 Prozent bei der SPD fehlt es, wie auf Landesebene an einer Klimaschutzpolitisch progressiveren Koalitionsoption.

Die Verschiebung der thematischen Schwerpunkte weg von klimarelevanten Fragestellungen setzte sich auch bei den folgenden **Koalitionsverhandlungen 2025** fort. Die neue Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD verschreibt sich in ihrem Koalitionsvertrag zwar der Einhaltung des Klimaschutzgesetzes und dessen Zielen, legt aber klar den Fokus auf Wirtschaftswachstum (CDU Deutschland 2025). Parallel zeigen sich auch auf europäischer Ebene durch den Bedeutungsgewinn klimaskeptischerer Parteien Tendenzen für ein Erlahmen der Nachhaltigkeitsbemühungen. Seit einem Vorschlag der EU-Kommission aus dem Frühjahr 2025 wird die Abschwächung der regulatorischen Vorgaben für Unternehmen in Bezug auf Nachhaltigkeitsberichterstattung diskutiert – mit potenziell längeren Fristen und einer Reduktion der zu berichtenden Daten (EU KOM 2025).

Sicherlich beeinflussten die globalen Krisen und politischen Umbrüche im Betrachtungszeitraum die Klimaschutzdebatte. Es sollte aber nicht außer Acht gelassen werden, was in dieser Zeit auch im Sinne des Klimaschutz bewegt wurde (vgl. Abb. 3). Zum aktuellen Zeitpunkt lässt sich keine abschließende Bewertung abgeben, wie nachhaltig diese Entwicklungen der Klimaschutzdebatte geschadet haben.

Abbildung 2: „Politische Entwicklungen mit Klimaschutzbezug – international, EU, national, regional“ (eigene Darstellung)



Es herrscht gesellschaftlicher Konsens über die Notwendigkeit von Klimaschutz, aber die Debatten über Umsetzungsmaßnahmen geraten immer wieder ins Stocken

In der Gesellschaft hat sich seit den Entwicklungen um zivilgesellschaftliche Initiativen – allen voran Fridays for Future – ein **Bewusstsein über die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen** verankert. Eine Vielzahl von Meinungsforschungsinstituten und wissenschaftlichen Einrichtungen untersuchen mittlerweile regelmäßig das „Klimabewusstsein“ der Bevölkerung. Es zeigt sich: Es gibt einen grundsätzlichen gesellschaftlichen Konsens über die Bedeutung der Klimakrise und einen weit verbreiteten Wunsch nach mehr Klimaschutz. Gleichzeitig hat die hitzige, manchmal unsachlich geführte Klimadebatte über die Wirksamkeit und Gerechtigkeit von Maßnahmen zu steigender Verunsicherung, Skepsis und Resignation beigetragen (siehe bspw. PACE 2025, More in Common 2024). Die Klimakrise ist also nicht „weg“ im gesellschaftlichen Bewusstsein, aber ein Thema, das viele Menschen verunsichert und massiv dem oben beschriebenen Wechselspiel der politischen Debatte unterworfen ist.

So ging der Anteil der Personen, die Umwelt- und Klimaschutz in Langzeiterhebungen als **drängendste Herausforderung** nennen, in den vergangenen Jahren stetig zurück (bspw. 2020: 65 Prozent, 2023: 54 Prozent), Sorgen um soziale Fragen, Wirtschaft und Sicherheit nehmen dagegen immer mehr Raum ein. Gleichzeitig ist die **Notwendigkeit von Klimaschutz** stark im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert (UBA 2025).

Wichtig in Bezug auf die Schnittstelle von Klimakrise und Gesundheit: Der Anteil der Befragten, die die gesundheitlichen Folgen der Klimakrise als Gefahr erkennen oder bereits wahrnehmen, steigt. Während laut Umweltbewusstseinsstudie 2016 noch 59 Prozent der Befragten davon ausgingen, dass die Folgen des Klimawandels der Gesundheit (äußerst) stark schaden können, waren es im Jahr 2022 bereits 73 Prozent der Befragten (UBA 2025). Zudem ist das Bewusstsein dafür, dass eine Entschärfung der Klimakrise für die menschliche Gesundheit von Vorteil wäre, in fast alle gesellschaftlichen Gruppen aktivierbar (More in Common/Climate Outreach/Klimafakten 2022, F.A.Z.-Institut 2024). Darüber hinaus sprachen die Befragten im Zeitverlauf dem Umwelt- und Klimaschutz in Politikfeldern, wie Energie-, Verkehrs- oder Landwirtschaftspolitik einen geringeren Stellenwert zu als in der Gesundheitspolitik (UBA 2025). Es zeigt sich zwar weiterhin, dass das Gesundheitsrisiko der Klimakrise häufig eher generell und nicht spezifisch für die eigene Person wahrgenommen wird, bzw. konkrete eigene Risiken nicht benannt werden können (F.A.Z.-Institut 2024). Personen mit einer größeren Risikowahrnehmung und einem Verständnis der Klimakrise als Gesundheitskrise zeigen jedoch eine höhere Handlungsbereitschaft im Bereich des Klimaschutzes (RKI 2023).

1.2 Gesundheitspolitische Entwicklungen: Ein System im Krisenmodus

Die neuen Anforderungen beim Umgang mit Klimaschutz und den Gesundheitsfolgen der Klimakrise treffen in Deutschland auf ein Gesundheitssystem, das selbst vor immensen Herausforderungen steht. Das deutsche Gesundheitswesen galt über Jahrzehnte auch und gerade im internationalen Vergleich als beispielhaft. Diesen Status hat es inzwischen verloren. Das zeigen nicht nur die überdurchschnittlich hohen Ausgaben bei unterdurchschnittlicher Lebenserwartung im Vergleich zu anderen Ländern, sondern auch in Form einer zunehmenden

Versorgungserosion, steigender Unzufriedenheit und einem sinkenden Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit von Politik und System.

Steigende Krankheitslast trifft auf neue Gesundheitsgefahren

Dank des medizinischen Fortschritts stieg in den letzten Jahrzehnten die Lebenserwartung der Menschen immer weiter an. Ein medizinischer Erfolg, der aber gleichzeitig zu einer Zunahme der in Krankheit verbrachten Jahre führte (McKinsey Health Institute 2022). Ursächlich ist die Chronifizierung von Krankheiten, die in einem nächsten Schritt zu einem steigenden Ressourcenbedarf in allen Versorgungsbereichen führt. Ein Großteil der Krankheitslast, wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Rückenleiden, Krebs und chronische Lungenerkrankungen, steht im Zusammenhang mit Lebensstil- und Umweltfaktoren (Porst et al. 2022). Neue Gesundheitsrisiken durch die Auswirkungen des Klimawandels und Krisen der planetaren Gesundheit werden das System in Zukunft vor weitere Herausforderungen stellen. Beispielhaft zu nennen sind hier Hitze, Infektionserkrankungen, bösartige Neubildungen und Allergien. In der Folge wird die Versorgungslast noch stärker ansteigen.

Hohe Gesundheitsausgaben führen nicht zu mehr Gesundheit

Deutschland gibt heute im EU-Vergleich mit über 12 Prozent den größten Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) für das Gesundheitssystem aus, Tendenz steigend. Alle Leistungserbringende und im Gesundheitswesen Tätige klagen über die zunehmende Arbeitsbelastung und -dichte durch immer mehr Behandlungsfälle. Patient:innen warten mehrere Wochen auf Termine bei Fachärzt:innen, Notaufnahmen verhängen Aufnahmestopps. Und das, obwohl wir in Relation zur Bevölkerung im EU-Vergleich überdurchschnittliche viele Ärzt:innen und Pflegefachpersonen haben (OECD 2023).

Die Transformationsfähigkeit des deutschen Gesundheitswesens wird insbesondere durch die vorherrschende Finanzierungs- und Vergütungssystematik ausgebremst, die hauptsächlich auf jährlichen Planungen basiert und zu zahlreichen Zielkonflikten führt. Statt auf langfristigen Anreizen zu Prävention und Gesundheitsförderung zur wirksamen Senkung des Versorgungsbedarfs, liegt der Fokus vor allem auf kurzfristigen Anreizen zur (gerätebasierten) Kuration. Dies führt zu einem paradoxen Kreislauf, in dem das System täglich wertvolle finanzielle, personelle und ökologische Ressourcen für die Behandlung von Krankheiten aufwendet (SVR 2001; Bertelsmann Stiftung 2011), anstatt in Maßnahmen zu investieren, die diese Krankheiten von vornherein verhindern – etwa Maßnahmen zu Klimaschutz und -anpassung (Graalman et al. 2023).

Situation hat sich in den letzten Jahren weiter verschärft

Im Verlauf des Betrachtungszeitraums hat sich die finanzielle Lage der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Sozialen Pflegeversicherung dramatisch verschärft. Das System befindet sich im Krisenmodus. Trotz stetig steigender Einnahmen wird die strukturelle Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben immer größer. Über 200 Gesetzgebungsverfahren im Gesundheitsbereich in den vergangenen 10 Jahren konnten keine tiefgreifenden Veränderungen und keine Stabilisierung des Systems erreichen. Die sog. Krankenhausstrukturreform

(Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz – KHVVG) der vergangenen Bundesregierung war seit langem der erste Versuch einer tiefgreifenden Strukturreform im stationären Bereich. Aufgrund aktueller politischer Diskussionen rund um die Anpassung dieser Reform ist eine Aussage dessen Fortgang jedoch noch offen. Versuche der vergangenen Bundesregierung, Strukturreformen auch im ambulanten Versorgungsbereich anzuschieben, wie die Stärkung der Primärversorgung im Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz, scheiterten an koalitionsinternen Auseinandersetzungen. Die schwarz-rote Bundesregierung hat diese Debatte unter dem Stichwort „Primärarztssystem“ im Koalitionsvertrag wieder aufgegriffen. Bisher (Stand September 2025) wurden seitens des Bundesgesundheitsministeriums hierzu keine vertiefenden Planungen veröffentlicht.

Übergeordnete gesundheitspolitische Vision ist nicht erkennbar

Vor allem getrieben durch die Haushaltslage und die Finanzentwicklung der Sozialkassen hat sich die aktuelle schwarz-rote Bundesregierung vorgenommen im Herbst 2025 eine grundlegende voraussichtlich auch schmerzhafteste Debatte über die Reform der Sozialsysteme, deren Struktur und Finanzierung zu führen. Für das Gesundheitswesen relevant sind hier die Ergebnisse der Kommissionen zur Beitragsstabilisierung in der Gesetzlichen Krankenversicherung und für eine Pflegereform, deren Ergebnisse aber frühestens im Laufe des Jahres 2026 zu erwarten sind. Insgesamt ist aktuell keine übergeordnete systemische gesundheitspolitische Vision aus dem Bundesgesundheitsministerium und dem Kanzleramt zu erkennen.

1.3 Klimaschutz im gesundheitspolitischen Raum: Europa treibt Entwicklung über Regulatorik, Deutschland fördert (bisher) ohne praktische Wirkung

Die beschriebenen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen strahlen auch auf die Debatte um Klimaschutz im gesundheitspolitischen Raum ab. Das grundsätzlich gestiegene Bewusstsein für Klimaschutz spiegelte sich auch in der Zunahme der öffentlichen und politischen Positionierung einer Vielzahl von Akteur:innen im System wider. Im gesundheitspolitischen Raum gab es vermehrt Absichtserklärungen – international, national und regional.

Europäische Regulatorik bewegt – nationale Politik zögert

Für das Gesundheitswesen gibt es nur wenig bis keine sektorspezifischen regulatorischen Grundlagen, die zu Klimaschutz verpflichten – weder regional, national noch europäisch. Mittelbar unterliegen die Akteur:innen des Gesundheitswesens genauso wie alle anderen Sektoren und Branchen der nationalen Klimaschutzgesetzgebung – dem **Klimaschutzgesetz (KSG)** aus dem Sommer 2021. Dieses gibt ein Reduktionsziel aller Treibhausgas-Emissionen bis 2045 um 100% gegenüber dem Referenzjahr 1990 vor.

Konkretere Vorgaben basieren vor allem auf europäischer Regulatorik zur allgemeinen Gestaltung der Wirtschaftspolitik, wie dem **European Green Deal** von 2019, der von allen – auch den Akteur:innen im Gesundheitswesen – über kurz oder lang einen Beitrag zur Reduzierung

der THG-Emission verlangt. Regelungen wie die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), ESG-Regelungen oder die Corporate Sustainability Due Diligence (CSDD) haben die Gesundheitswirtschaft und große Träger in den vergangenen Jahren in Bewegung gesetzt - auch wenn die tatsächliche Umsetzung und Verpflichtung etwa zur Nachhaltigkeitsberichterstattung je nach Unternehmensgröße und Bilanzvolumen gestaffelt ist und noch nicht für alle flächendeckend gilt.

Das Anfang 2023 in Kraft getretene **deutsche Lieferkettensorgfaltsgesetz (LkSG)** legte den Fokus auf die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutzstandards und gilt bereits heute für Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten, und damit z.B. auch für große Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser. Laut Plänen der Bundesregierung sollen die Berichtspflichten und Sanktionen des LkSG zur Bürokratieentlastung der Wirtschaft abgemildert werden.

Inwiefern sich die beschriebenen Bestrebungen auf europäischer und nationaler Ebene die Regelungen abzumildern, auf die Motivation der bereits engagierten Unternehmen und derjenigen, die sich noch nicht auf den Weg gemacht haben, auswirkt, lässt sich aktuell nicht abschließend sagen. Im Rückblick zeigte sich aber, dass die regulatorischen Vorgaben ein wichtiger, aber nur einer von mehreren Auslösern für das Engagement insbesondere der Industrie sind. Ebenfalls motivierend wirken hier die Erwartungshaltung sowohl von Kunden, Investoren als auch Mitarbeitenden.

Die **deutsche Klima- und Nachhaltigkeitspolitik** legte in Bezug auf das Gesundheitswesen dagegen weniger den Schwerpunkt auf Regulatorik und mehr auf Förderprogramme. 2023 wurde „Klimaschutz im Gesundheitswesen“ erstmals als sektorübergreifende Maßnahme in das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung aufgenommen. Davor fehlte es an einer solchen inhaltlichen Verknüpfung. Das Klimaschutzprogramm diente als strategische Richtschnur für die klimapolitischen Entscheidungen der damaligen Bundesregierung und hatte noch keine verbindliche Wirkung.

Die Förderprogramme der Bundesregierung zum Klimaschutz werden in der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) gebündelt – auch das Gesundheitswesen betreffend. Beispielhaft zu nennen ist hier die Kommunalrichtlinie, über die auch kommunale Einrichtungen des Gesundheitswesens Fördermittel beantragen können (NKI 2025). Darüber hinaus gab es Förderinitiativen des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) für ökologische Nachhaltigkeit in der ambulanten Gesundheitsversorgung („ÖNaG“) (BMG 2023), sowie eine themenspezifische Ausschreibung im Rahmen des „Innovationsfonds“ zu „Gesundheit im Klimawandel“ (G-BA 2022). Zu beachten ist hier, dass bei solchen Förderungen häufig die Überführung in die Regelversorgung bzw. in die Breite des Systems aufgrund der engen Anreizstrukturen eine große Herausforderung darstellt. Zudem stellen Anträge für Bundes- oder Landesförderprogramme rein organisatorisch eine große Herausforderung für Einrichtungen im Gesundheitswesen dar, die im Tagesgeschäft nur von den wenigsten personell und finanziell gestemmt werden können. Eine vom BMG in Auftrag gegebene Förderfeldanalyse „Umwelt, Klimaschutz und ökologische Nachhaltigkeit“ über die verfügbaren Fördermöglichkeiten für Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen kam zu dem Ergebnis (Stand März 2023), dass zwar eine Vielzahl von für das Gesundheitswesen relevanten Förderprogrammen existieren, vielen davon nach einer eingehenden Prüfung keine Praxisrelevanz haben (PD 2025).

In den vergangenen Jahren lässt sich zwar ein Momentum für mehr Klimaschutz in der Gesundheitspolitik erkennen. Allerdings fehlen auf gesundheitspolitischer Ebene umfassende und koordinierte Vorstöße für die rechtliche und systemische Verankerung. Das BMG als zuständiges Ministerium beobachtet die entstehenden Aktivitäten im Sektor (vgl. Kapitel 1.3) interessiert und hat zunächst mit wissenschaftlichen Auftragsstudien die Sachstandserhebung in Bezug auf Klimawirkung und Ressourcenverbrauch des Gesundheitswesens unterstützt. Positiv hervorzuheben ist die vom BMG 2022 geförderte Studie zur Errechnung der Treibhausgasemissionen des deutschen Gesundheitswesens des Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK), die erstmals eine detaillierte Schätzung der Treibhausgasemissionen des deutschen Gesundheitswesens für die Jahre 2008-2019 als Evidenzbasis für politisches Handeln vorlegte. Die Studie bestätigte den bisher bereits aus internationalen Vergleichsstudien bekannten sechsprozentigen Anteil des Gesundheitswesens an den konsumbedingten THG-Emissionen Deutschlands (PIK 2022). Das ebenfalls durch das BMG geförderte Gutachten „ReKlimaMed“ der viamedica Stiftung ist eine Bestandsaufnahme der aktuell umgesetzten Maßnahmen zu Ressourceneffizienz, Klimaschutz und ökologischer Nachhaltigkeit in den verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens. Es gibt einen Überblick der Nachhaltigkeitsaktivitäten in der Branche (Stand 2022), der auch Impulse zum Handeln geben soll (viamedica Stiftung 2022).

Bisher ist auf politischer Ebene keine systemische regulatorische Verankerung oder Pflicht für das Gesundheitswesen im Sinne des Klimaschutzes avisiert oder umgesetzt worden. Trotz großer zivilgesellschaftlicher Initiativen und lauter werdenden Rufen von Akteur:innen, wie Gesetzlichen Krankenversicherungen und Berufs- und Standesvertretungen, findet Klimaschutz nur bedingt bis gar keinen Eingang in die großen Gesetzgebungsverfahren der Gesundheitspolitik (Gepp et al. 2025). Bestes Beispiel ist die genannte Krankenhausreform der Ampel-Regierung. Obwohl eine inhaltliche Verknüpfung mit Zielen des Klimaschutzes im Rahmen dieser Reform naheliegend wäre und von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen gefordert wurde, enthält das Gesetz keine Maßnahmen in diesem Bereich.

Die Landesebene als Treiber für die Umsetzung

Der Beschluss des Leitantrages „Der Klimawandel – eine Herausforderung für das deutsche Gesundheitssystem“ der 93. Gesundheitsminister:innenkonferenz (GMK) vom 30.09.2020, der auf Initiative des Landes Berlin gefasst wurde, erkannte erstmals den Klimawandel als Herausforderung an, fordert engagiertes Handeln in allen Bereichen und sieht Klimaschutz immer auch als Gesundheitsschutz an und stellt damit eine **wichtige „Initialzündung“ auf Landesebene** dar. Der Leitantrag enthält erstmals detaillierte Beschlüsse und Forderungen in zahlreichen Bereichen an der Schnittstelle zwischen Klimawandel und Gesundheit, u.a. zu Hitzeaktionsplänen, Aus- Fort- und Weiterbildung, Aufklärung der Bevölkerung und der energetischen Sanierung von Krankenhäusern (GMK 2020). Danach folgten auf Landesebene diverse Initiativen für mehr Klimaschutz und -anpassung in Einrichtungen des Gesundheitswesens und Pflegesektors, die folgend beispielhaft genannt sind:

Bayern unterstützt seit 2021 Krankenhäuser auf dem Weg zur Klimaneutralität durch Beratung zu Nachhaltigkeitsmaßnahmen und Fördermitteln und zeichnet aktive Häuser als „Green Hospital PLUS“ aus (StMGP 2025). Ein Verbundprojekt aus mehreren Ministerien und

Behörden erarbeitet zudem wissenschaftliche Erkenntnisse zur bayerischen Klimaanpassungsstrategie im Handlungsfeld Gesundheit (VKG 2025). Das „Bayerische Kompetenzzentrum für Gesundheitsschutz im Klimawandel“ am Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit unterstützt Bürger:innen sowie Kommunen bei der Anpassung an die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels (LGL 2024).

In Nordrhein-Westfalen hat die Landesgesundheitskonferenz im Oktober 2022 die gesundheitspolitische Erklärung "Klimaschutz und Klimaanpassung sind Gesundheitsschutz" vorgelegt, in der sowohl die Reduktion des ökologischen Fußabdrucks des Gesundheitssektors als auch die Notwendigkeit von Hitzeaktionsplänen explizit benannt sind (LGK NRW 2022). Im Juli 2025 wurde schließlich die Befassung mit Klimawandelfolgen für die menschliche Gesundheit an mehreren Stellen als Aufgabe auch für den Öffentlichen Gesundheitsdienst ins novellierte Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst Nordrhein-Westfalen aufgenommen (LZG 2025).

Im Klimaplan Hessen 2023–2030 hat die dortige Landesregierung im Jahr 2023 den Bereich „Gesundheit und Bevölkerungsschutz“ als eines von zehn zentralen Handlungsfeldern definiert (HMUKLV 2023). Die Maßnahmen beinhalten „Energieeffizienz im Krankenhaus und Rettungsdienst“, sowie eine Fach- und Vernetzungsstelle „Gesundheit und Klimawandel“ bei der Hessischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung (HAGE), die Kommunen bei der Entwicklung gesundheitsförderlicher und klimaangepasster Maßnahmen unterstützt (HAGE 2023). Das Hessische Landesprüfungs- und Prüfungsamt für Gesundheitsberufe (HLfGP) stellt Gesundheitsämtern zudem seit 2025 praxisorientierte Leitfäden und Beratung zu klimabedingten Gesundheitsrisiken zur Verfügung.

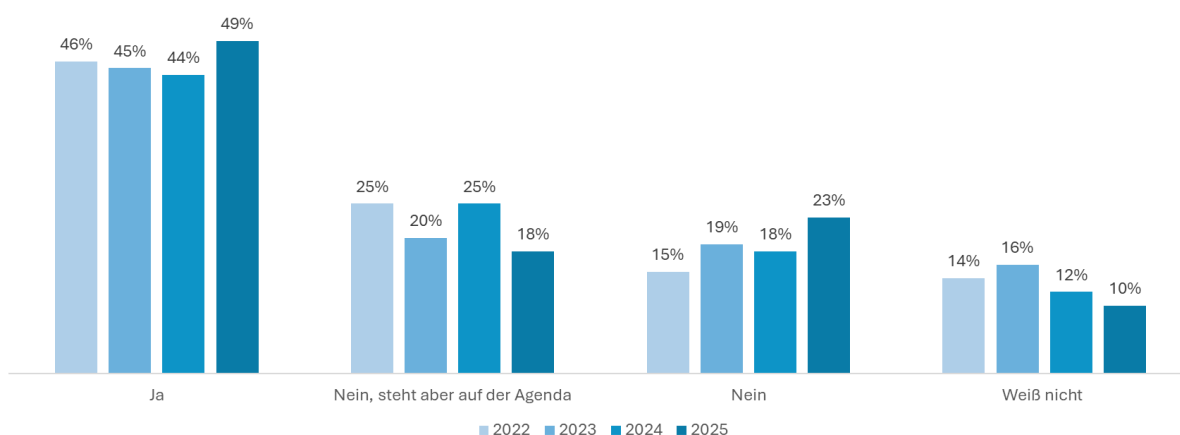
Seit 2022/2023 betreibt das Landesgesundheitsamt in Baden-Württemberg im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration das „Kompetenzzentrum Klimawandel und Gesundheit“ (SMBWL 2025a). Es unterstützt den Öffentlichen Gesundheitsdienst durch die Bereitstellung von Fachinformationen, die Durchführung von Fortbildungen sowie den Aufbau eines landesweiten Vernetzungs- und Informationsangebots. Ein ergänzendes Aktionsbündnis soll die fachliche Zusammenarbeit vor allem im Bereich Hitze- und Infektionsschutz ausbauen und führt Awareness-Kampagnen durch (SMBWL 2025b). Darüber hinaus richtet ein vom BMUV gefördertes Projekt zur Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen unter Trägerschaft des DRK-Landesverbands eine landesweite Koordinationsstelle ein, die soziale und pflegerische Einrichtungen mit Workshops, Beratungsangeboten und Netzwerkaktivitäten bei der Entwicklung und Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen unterstützt (DRK 2025).

1.4 Klimaschutz im Gesundheitswesen: Fortschritte bei Awareness und Konzepten, Stagnation in der Umsetzung

Gesamtgesellschaftliche Klimadebatte gerät ins Stocken – Gesundheitswesen hält (noch) dagegen

Nachdem die Zeichen darauf hindeuten, dass die politische und gesellschaftliche Klimaschutzdebatte vor allem in den vergangenen ein bis zwei Jahren an Momentum verliert (vgl. Kapitel 2.1), lässt sich im Gesundheitswesen bisher eher ein gegenläufiger Trend erkennen. Erfreulicherweise herrschte in dieser Zeit – trotz aller Krisen und Herausforderungen – im Gesundheitswesen eine Aufbruchsstimmung für Themen wie Klimaschutz, -anpassung und Nachhaltigkeit. Der Sektor, in dem diese Themen bis 2019 noch bei fast niemandem auf der Agenda standen, erlebte eine intensive Aktivierung. Wie Verlaufsbefragungen im System zeigen, hat der Klimaschutz seit 2022 umfangreich Eingang gefunden in die Diskurse und Kommunikation in den Organisationen im Gesundheitswesen oder steht auf der Agenda (vgl. Abb. 4).

Abbildung 3: „Hat sich Ihre Organisation bereits mit dem Thema Klimaneutralität beschäftigt?“ eigene Darstellung nach F.A.Z.-Institut 2022-2025



Nahezu alle Akteursgruppen adressierten im Verlauf – sicher in unterschiedlicher Intensität – klimarelevante Themen – sei es auf Veranstaltung, auf unternehmenspolitischer Ebene oder mit versorgungsrelevantem Bezug.

Immer mehr Akteur:innen treiben die konzeptionelle Entwicklung voran

Erkennbar ist dabei eine starke konzeptionelle Entwicklung: Während in der Anfangszeit die zahlreichen Themen am Nexus Klima & Gesundheit mit Stichworten wie Klimaneutralität und Klimaanpassung, Ressourcenschonung, Gesundheitsfolgen der Klimakrise, Resilienz und Katastrophenschutz, u.v.m. in sehr unterschiedlicher Tiefe und oft eher unstrukturiert diskutiert

wurden, zeichnen sich zunehmend gemeinsame Konzepte und Narrative, wie Planetare Gesundheit, ab. Das Konzept der Planetaren Gesundheit ist ein umfassendes, nachvollziehbares Modell, das die Fragestellungen am Nexus Klima und Gesundheit sinnvoll verbindet und für alle engagierten Akteur:innen Anknüpfungsmöglichkeiten bietet. In der Kommunikation mit „klimaferneren“ Zielgruppen im Gesundheitswesen, die stärker in der Gesundheitswirtschaft sowie in Steuerungsstrukturen verankert sind, konnte über die Verbindung von Klimaschutz mit dem breiteren Begriff der **Nachhaltigkeit** ebenfalls ein wirksamer Zugang gefunden werden. Diese Verknüpfung ermöglichte es, Klimaschutzthemen wiederholt an hochrelevante gesundheitspolitische Debatten anzudocken und damit Reichweite und Anschlussfähigkeit zu erhöhen.

Gleichzeitig zeigte sich in der jüngsten Vergangenheit, dass innerhalb der Gesundheitsberufe die Argumentation über **Klimaresilienz** stärker wirkt als die über den allgemeinen Nachhaltigkeitsbegriff. Die zentrale Bedeutung von sozialer Gerechtigkeit im Kontext des Klimawandels konnte hingegen bislang nur bedingt in den gesundheitspolitischen Diskurs eingebracht werden – ein Befund, der die gesamtgesellschaftliche Kommunikationslücke zu diesem Thema widerspiegelt.

Diese Narrative und Konzepte helfen vielen Akteur:innen im Gesundheitswesen, ein geteiltes Verständnis für die Herausforderungen von Klima und Gesundheit sowie von möglichen Lösungsansätzen zu entwickeln. Der Kreis der Akteursgruppen, die in diese Entwicklung mit einsteigen, wird deutlich erweitert.

Ein wichtiger Ursprung der Bewegung für Klimaschutz- und Klimaanpassung im Gesundheitswesen lag im **ehrenamtlichen Engagement** von Menschen aus den Gesundheitsberufen, die die Bedeutung von Klimaschutz als Gesundheitsschutz als Teil ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Verantwortung früh erkannt haben (Blum, Graalman, Kreßler 2022). Dieses Erkenntnis hat sich in den vergangenen Jahren auch in der deutlichen Mehrheit der Verbände der medizinischen und pflegerischen Berufe sowie medizinischen Fachgesellschaften durchgesetzt und damit Eingang in das Selbstverständnis der Berufsgruppen auf dieser Ebene gefunden. Positionspapiere wurden veröffentlicht; Initiativen für Weiterbildungs-, Fortbildungs- und Kommunikationsangebote für die Angehörigen der Gesundheitsberufe sind entstanden. Einige Institutionen gehen mit gutem Beispiel voran und beschließen Zielmarken für Umsetzungsmaßnahmen bezüglich ihrer eigenen Klimaneutralität, beispielhaft zu nennen sind hier die Bundesärztekammer, die Kassenärztlichen Landesvereinigungen, die Bundespsychotherapeutenkammer sowie die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände. Häufig verfügen diese jedoch nicht über die notwendigen personellen Ressourcen oder die Zielmarken werden nicht ausreichend mit angepassten strukturellen Arbeitsprozessen unterlegt.

Mit dem **„Klimapakt Gesundheit“** schlossen sich im Dezember 2022 erstmals auf nationaler Ebene die Spitzenorganisationen aus der Selbstverwaltung des Gesundheitswesens auf Initiative des BMG mit dem Ziel zusammen, sich gemeinsam den Herausforderungen des Klimawandels zu stellen. Sie verpflichteten sich, bereits bestehende Initiativen und Aktivitäten zu bündeln und den vielfältigen Herausforderungen bei der Klimaanpassung und beim Klimaschutz aktiv zu begegnen. Unterzeichner des „Klimapaktes Gesundheit“ sind die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände, die Akademie des Öffentlichen Gesundheitswesens, die Bundesärztekammer, das BMG, die Bundeszahnärztekammer, die Deutsche

Krankenhausgesellschaft, der Dt. Landkreistag, der Deutsche Pflegerat, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, die Gesundheitsminister:innenkonferenz, der Deutsche Städtetag, der GKV-Spitzenverband sowie der Verband der Privaten Krankenversicherungen (BMG 2022). Nach dieser Absichtserklärung ist es allerdings sehr ruhig geworden um die Aktivitäten des Klimapaktes – wohl vor allem bedingt durch die fehlende politische Priorisierung einer strategischen Umsetzung im zuständigen BMG.

Besonders aktiv haben sich in den letzten Jahren die **Gesetzlichen Krankenversicherungen** damit beschäftigt, wie sie das Thema Klimaschutz in ihr unternehmens- und versorgungspolitisches Handeln integrieren können (BARMER, F.A.Z.-Institut 2022). Auf Basis von Konzepten zu Nachhaltigkeit und Planetarer Gesundheit sind verschiedenste neue Ideen für die Rolle von Gesetzlichen Krankenversicherungen am Nexus Klima und Gesundheit entstanden. Beispielfähig zu nennen sind hier die innovativen Projekte der AOK Baden-Württemberg, die unter anderem den Diskurs um Nachhaltigkeitskriterien in Arzneimittelausschreibungen entscheidend angestoßen und mitgeprägt hat (AOK BW 2023), und denen mittlerweile alle Kassenarten mit vergleichbaren Ansätzen gefolgt sind. Die Betriebskrankenkassen haben über ihren Dachverband im Rahmen der Initiative „BKK Green Health“ einen umfassenden Strategieprozess gestartet, um eine gemeinsame Haltung zu Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen zu erarbeiten. Sie setzen sich mit dem Fokus auf versorgungsbezogene Veränderungen mit Prävention als Hebel für eine sozial-ökologische Transformation des Gesundheitswesens ein (BKK-DV 2023). Auch die Ersatzkassen haben sich mit eigenen Initiativen für mehr Klimaschutz auf den Weg gemacht. Die BARMER hat den Deutschen Nachhaltigkeitspreis (DNP) für Gesundheit ins Leben gerufen (BARMER 2024) und veröffentlicht mit dem F.A.Z.-Institut einen jährlichen Report zum „Klimaneutralen Gesundheitswesen“ (F.A.Z.-Institut 2025). Die Techniker Krankenkasse unterstützt mit dem AQUA Institut ambulante Praxen mit dem dem Siegel „Nachhaltige Praxis“ beim Weg zu Klimaneutralität (TK 2024).

Durch die Initiative von Gesetzlichen Krankenversicherungen wurden neue Handlungsfelder eröffnet und neue Berufsgruppen einbezogen, etwa durch die Integration von Klimathemen bei Präventions- und Gesundheitsförderungsmaßnahmen in verschiedenen Settings wie Kommune, Kita, Schule oder Arbeitsplatz, im Betrieblichen Gesundheitsmanagement oder beim Arbeitsschutz. Ein Meilenstein, der die Rahmenbedingungen für mehr Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen im Gesundheitswesen vor allem im Bereich der Selbstverwaltung verbessert, war die Überarbeitung des Präventionsleitfadens des Spitzenverbandes der Gesetzlichen Krankenversicherungen im Jahr 2022. Dort wurde erstmals „Klimawandel und Gesundheit“ als Querschnittsaufgabe aufgenommen. Der Präventionsleitfaden reguliert die Maßnahmen von Gesetzlichen Krankenversicherungen für Prävention und Gesundheitsförderung. Er ermöglicht somit, dass sich diese in ihrem Tätigkeitsfeld für die Prävention klimabedingter Gesundheitsrisiken auf kommunaler Ebene, die Förderung von Co-Benefits bei individuellen Maßnahmen, die Integration von Klimaschutz und -anpassung in Lebenswelten und betriebliche Gesundheitsförderung sowie die Ausrichtung von Projekten auf ökologische Nachhaltigkeit einsetzen dürfen (GKV-Spitzenverband 2022). Ergänzt wird diese Entwicklung im Bereich Prävention durch die Aktivitäten der Nationalen Präventionskonferenz. Im Zweiten Nationalen Präventionsbericht aus 2023 wurde das Thema „Gesundheit & Klima“ erstmals systematisch aufgenommen. Klima- und Hitzeschutz, klimabezogene Gesundheitsförderung und sektorenübergreifende Aktivierung in Lebenswelten wurden erstmals darin dokumentiert –

als Teil der Umsetzung der Bundesrahmenempfehlungen zur Präventionsstrategie (Präventionskonferenz 2023).

Umsetzung von Klimaschutz im Gesundheitswesen: Ohnehin langsamer Start wird durch politische und gesellschaftliche Entwicklungen wieder abgebremst

Auf Ebene der **Verbände und Fachgesellschaften** der Gesundheitsberufe, bei Gesetzlichen Krankenversicherungen und anderen Akteuren der Selbstverwaltung sind also wie beschrieben deutliche Entwicklungen im Selbstverständnis und bei Konzepten zu Klima und Gesundheit zu erkennen. Erste Ansätze einer Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in diesen Gruppen entstehen aus diesem neuen Selbstverständnis heraus. Die Umsetzung in der Fläche steht jedoch noch am Anfang und ist durch die komplexen, oft kleinteiligen Strukturen des Systems ein langwieriger Prozess. Klimaschutz hat im sehr heterogenen Bereich der ambulanten Akut- und Langzeitversorgung kaum an Momentum gewonnen. Zum einen fehlt es in der kleinteiligen **ambulanten Versorgung** an einem validen Überblick der Aktivitäten, zum anderen stehen Einzelpraxen oder kleine Pflegedienste ohne organisatorischen Überbau vor der Herausforderung neben dem schon mehr als fordernden Tagesgeschäft der Versorgung der Patient:innen personelle und finanzielle Ressourcen für neue Querschnittsaufgaben wie Klimaschutz bereitzustellen.

Unternehmerisch getriebene größere Akteure, wie Unternehmen der Gesundheitsindustrie und große Träger von Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen wurden hingegen schon früh mit der Anforderung konfrontiert, Klimaschutzmaßnahmen in ihrem eigenen unternehmerischen Handeln umzusetzen, insbesondere durch Energie- und Lieferkettenmanagement. Hier haben die europäische Regulatorik sowie die Auswirkungen – des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine zu einer höheren Relevanz klimarelevanter Fragen und Handeln geführt.

Für Träger von **stationären Einrichtungen**, wie Krankenhäuser und stationäre Langzeitpflegeeinrichtungen sind die Themen Beschaffung und Energiemanagement geeignete Anknüpfungspunkte für den Aufbau nachhaltiger Unternehmensführung. Einkaufsgenossenschaften oder freiwillige Zusammenschlüsse von für Beschaffung Verantwortliche im Gesundheitswesen, wie ZUKE green, haben den Handlungsdruck erkannt, unterstützen die Einrichtungen mit Wissen und Anregungen zur Prozessoptimierung und erhöhen somit den Druck aus dem System auf die herstellende Industrie. Krankenhäuser verknüpfen die Frage der Investition in Nachhaltigkeit mit der grundsätzlichen Diskussion um Investitionsstau im stationären Sektor. Ein großer Hebel liegt vor allem in Lieferketten und Produkten, die im Gesundheitswesen millionenfach täglich verbraucht werden. Bedingt durch komplexe gesetzliche Grundlagen, die meist globale Ausrichtung der Unternehmen und den damit verbundenen unterschiedlichen nationalen Rahmenbedingungen, herrscht hier aber auch noch großer Nachholbedarf.

Wie auch andere Bereiche der deutschen Wirtschaft spüren Gesundheitsindustrie und Trägerorganisationen spätestens seit Ende 2024 das Erlahmen der politischen Bestrebungen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit auf europäischer und nationaler Ebene. Inwiefern beispielsweise die drohende Abschwächung der europäischen CSRD-Berichtspflichten einen Einfluss auf die strategische Ausrichtung und praktische Umsetzung zu Nachhaltigkeit- und Klimaschutz in großen Unternehmen des Gesundheitswesens haben wird, ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht final abzuleiten. Eine erkennbare Tendenz scheint zu sein, dass bereits

bestehende Strukturanpassungen und laufende Prozesse in der Regel nicht eingestellt werden, da auch in den Unternehmen die grundlegende Bedeutung von Klimaschutz inzwischen fester verankert ist. Diese Entwicklung wird durch das Nachlassen politischen Drucks aber sicherlich nicht gefördert, vor allem bei den Akteur:innen, die noch keine weitgehenden Maßnahmen getroffen haben.

Verschiedene Erhebungen belegen schleppende Umsetzung

Zwischen 2021 und 2025 hat sich das deutsche Gesundheitswesen zwar, wie gezeigt, intensiv mit Klimaschutz beschäftigt und in Bezug auf das Verständnis der eigenen Verantwortung, wie auch bei Konzepten an der Schnittstelle von Klima und Gesundheit(swesen), große Fortschritte gemacht. Dennoch verläuft die Entwicklung der tatsächlichen konkreten Umsetzung im Gesundheitssektor noch schleppend. Dies bestätigen eine Reihe von Erhebungen der letzten vier Jahre:

Abbildung 4: Überblick quantitative Studien zu Klimaschutz im Gesundheitswesen (eigene Darstellung)

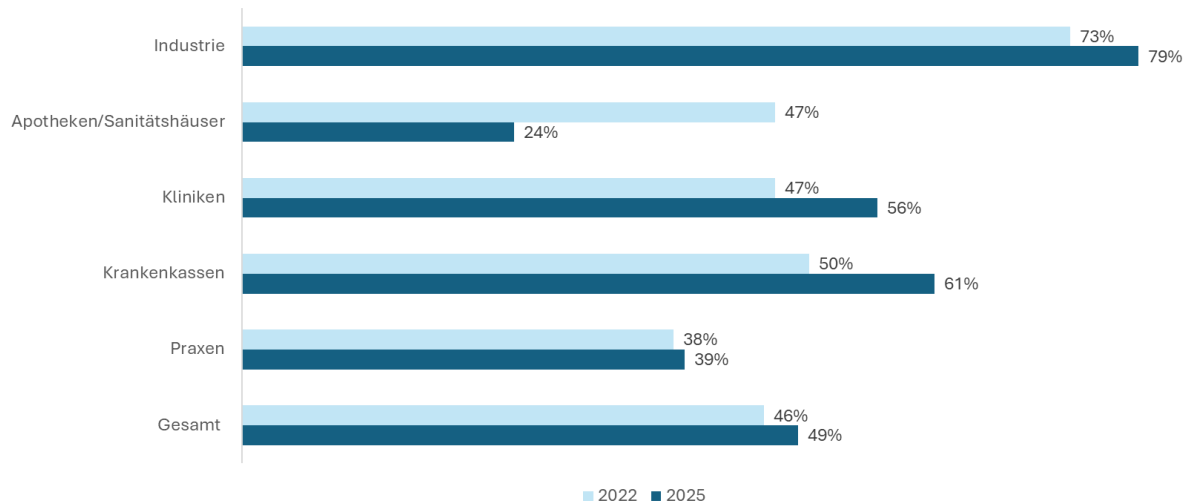
Zeitraum	Forschungseinrichtung	Zielgruppe	Themenschwerpunkt
2021	Deutsches Krankenhausinstitut (DKI)	Krankenhäuser bundesweit	Erfassung energierelevanter Daten
2022	Viamedica (viamedica Stiftung 2022)	Krankenhäuser, Rehaeinrichtungen, ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen, Arzt-/ Zahnarztpraxen/ Medizinische Versorgungszentren, Rettungsdienste, Medizinische/zahnmedizinische Laboratorien, Öffentlicher Gesundheitsdienst, Apotheken, Hilfsmittelversorgung, Einkaufsgemeinschaften, Medizintechnische Industrie, Pharmazeutische Industrie, Augenoptische Industrie und Biotechnische Industrie.	einmalige Bestandsaufnahme Umsetzung von Nachhaltigkeitsmaßnahmen im Gesundheitswesen
2022	KLUG Centre for Planetary Health Policy Stiftung Gesundheit	niedergelassene und in Krankenhäuser tätige Fachärzt:innen, Führungskräften in Akut- und Rehakliniken, Personal in medizinischen Versorgungszentren	Einschätzungen zur Notwendigkeit und Umsetzung von Reduktionsmaßnahmen im Allgemeinen und im Gesundheitswesen
2022 - 2024	F.A.Z.-Institut für BARMER	Akteur:innen aus Kliniken, Praxen, Apotheken, Pharmaunternehmen etc.	Jährliche Erhebung Klimaneutraler Gesundheitssektor
2025	Universität Witten/Herdecke (Schmidt/Bohnet-Joschko 2025)	Krankenhäuser (Leitungsebene)	Klimaschutzstrategien
2025	Universitätsmedizin Mainz (Schwab et al. 2025)	Krankenhäuser	Studienreview zur Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien

Die aufgeführten quantitativen Studien zeigen folgende **großen Entwicklungslinien:**

Über alle Organisationen im Gesundheitswesen hinweg steht das Thema Klimaschutz auf der Agenda – Tendenz steigend. Das Gutachten „ReKlimaMed“ der viamedica Stiftung zog 2022 noch das Fazit, dass das Thema Nachhaltigkeit (hier umfasste der Begriff auch das Thema Klimaschutz) bis dahin im deutschen Gesundheitswesen keine oder nur eine geringe Rolle spielte (viamedica Stiftung 2022, S. 96). Die jährlich durchgeführte Erhebung des F.A.Z. Instituts zeigt in den Jahren danach jedoch ein steigendes Bewusstsein, besonders bei Industrie, Kliniken und Gesetzlichen Krankenversicherungen. Das Bewusstsein für die Bedeutung von Klimaschutz und die eigene Verantwortung in der Ärzteschaft und unter Führungskräften im Gesundheitswesen ist hoch (80–90 % fühlen sich persönlich verantwortlich; CPHP 2022). Die

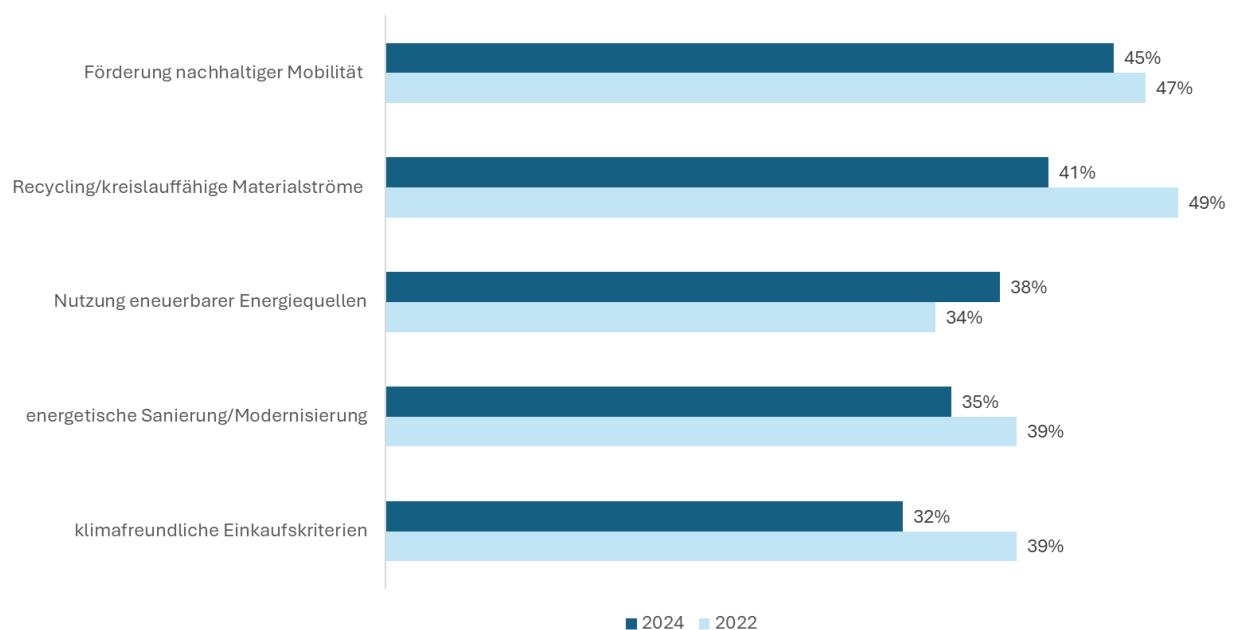
negativen Ausreißer unter den Organisationen stellen die Apotheken und Sanitätshäuser (vgl. Abb. 6) sowie Laboratorien und Rettungsdienste dar (viamedica Stiftung 2022, S. 96).

Abbildung 5: Hat sich Ihre Organisation bereits mit dem Thema Klimaneutralität beschäftigt?“ (eigene Darstellung nach F.A.Z.-Institut 2025)



Konkrete Maßnahmen konzentrieren sich auf die Bereiche Mobilität, Energie- und Gebäudemanagement sowie Einkauf bzw. Produktion und Recycling. Dabei liegt der Fokus überwiegend auf Scope-1- und Scope-2-Emissionen, obwohl rund 70 % der Emissionen in den Lieferketten (Scope 3) entstehen (CPHP 2022). Deutschland bleibt in diesem Bereich im internationalen Vergleich klar hinter Vorreitern wie Großbritannien, Australien oder den USA zurück (Schwab et al. 2025).

Abbildung 6: „Welche konkreten Maßnahmen unternimmt bzw. plant Ihre Organisation in Bezug auf Klimaneutralität?“, eigene Darstellung nach F.A.Z.-Institut 2025



Übergang vom Agendasetting zum Strukturwandel als Herausforderung

Klimaschutz ist im deutschen Gesundheitswesen zwar zunehmend im Diskurs verankert, aber **institutionell noch nicht flächendeckend** durchgesetzt – das Thema befindet sich am Übergang vom Agendasetting zur Umsetzungsphase mit dem Ziel eines wirklichen Strukturwandels. Während der Fokus bisher stark darauf ausgerichtet war, das Thema Klimaschutz als Handlungsbedarf zu platzieren und tragfähige Konzepte für die Schnittstelle Klima & Gesundheit und die Rolle des Gesundheitswesens zu entwickeln, rücken nun konkrete Maßnahmen in den Vordergrund. Das System steht vor der Herausforderung einer kleinteiligeren Umsetzung und Überführung in ihr Tagesgeschäft und die Regelversorgung.

Diese Umsetzung findet in einem System statt, dass sich über die Jahre kontinuierlich in einen Krisenmodus entwickelt hat (vgl. Kapitel 1.2). Zudem unterliegen die vielfältigen Akteursgruppen im Gesundheitswesen sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen auf dem Weg zu Klimaneutralität: Von internationalen produzierenden Unternehmen, über große Klinikstrukturen, bis hin zu kleinen Einzelpraxen. Hieraus entstehen verschiedene Herausforderungen und Geschwindigkeiten.

Auf die Frage, was es brauche, um das Gesundheitswesen auf dem Weg zur Klimaneutralität stärker zu aktivieren, ergaben sowohl die oben genannten Befragungen als auch die Experteninterviews keine eindeutigen Antworten.

Die **Summe der Hindernisse**, die bei der Umsetzung eines klimaneutralen Betriebes erlebt werden, ist hoch.

Abbildung 7: „Was hindert Organisationen Ihrer Branche derzeit an einem klimaneutralen Betrieb?“ (eigene Darstellung nach F.A.Z.-Institut 2025)



In den ersten Jahren wurde auf Veranstaltungen und Foren – insbesondere getrieben durch die Gesetzlichen Krankenversicherungen – vielfach darüber gesprochen, dass es für eine Umsetzung zunächst eine Regulierung seitens des Gesetzgebers bräuchte, z.B. über die Integration von Nachhaltigkeit ins Sozialgesetzbuch. Im Lauf der weiteren konzeptionellen

Entwicklung scheint zunehmend deutlich zu werden, dass die bremsenden Faktoren möglicherweise nicht in fehlender Regulatorik, sondern in der fehlenden Klärung relevanter Fragestellungen liegen: Finanzierung, Priorisierung und Klärung von Zielkonflikten, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, sowie einer mangelnden Übersicht über das Feld fragmentierter Vorgaben und Unterstützungsangebote (vgl. Abb. 8).

Chancen in der Rolle des Gesundheitswesens bei Klimaanpassung und -resilienz

Während die konkrete Umsetzung von Klimaschutz weiterhin herausfordernd ist, bleiben die Themen Klimaschutz und -anpassung im Gesundheitssektor zumindest auf der Agenda. Die direkte Betroffenheit des Gesundheitswesens durch die Gesundheitsfolgen der Klimakrise, wie Hitze, Allergien, Auswirkungen auf die psychische Gesundheit oder zukünftige Pandemien, bleibt eine realistische und inzwischen für einen großen Teil der Akteur:innen im System eine erkennbare Bedrohung. Hier liegt weiterhin großes **Potential für die Bedeutung des Gesundheitswesens als gesellschaftlicher Treiber** für Klimaschutz in den kommenden Jahren.

Es zeichnet sich ab, dass **Klimaanpassung** deutlich schneller den Schritt von Agendasetting und konzeptioneller Grundlagenarbeit in die praktische Umsetzung schaffen könnte. Hierzu wurden innerhalb weniger Jahre sowohl erste regulative Grundlagen (Klimaanpassungsstrategie) geschaffen als auch Beispiele der praktischen Umsetzung realisiert. So umfasst die von der vergangenen Bundesregierung verabschiedete Klimaanpassungsstrategie erstmals ein Cluster „menschliche Gesundheit und Pflege“ und bündelt Ziele, Messgrößen und Maßnahmen zur Anpassung des Gesundheitssektors an den Klimawandel. Das von der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit (KLUG) gemeinsam mit der Senatsverwaltung Berlin initiierte „Aktionsbündnis Hitzeschutz Berlin“ ist beispielhaft für eine neue Form der Kooperation zwischen Zivilgesellschaft, Gesundheitswesen und öffentlicher Verwaltung auf der Umsetzungsebene (KLUG 2023). Ein möglicher Grund für diese Dynamik: Von Gesundheitspolitik und -akteur:innen wird Klimaanpassung stärker als versorgungsrelevant und genuine Aufgabe des Gesundheitssystems empfunden, als es bei Klimaschutz der Fall ist. Um weiterhin neue Akteur:innen im Gesundheitssystem als Multiplikator:innen zu gewinnen, scheint daher eine Verknüpfung von Klimaanpassung und Klimaschutz empfehlenswert.

Die Krisen der vergangenen Jahre haben zudem erstmals seit langer Zeit die **Versorgungssicherheit im Gesundheitswesen** in Deutschland in Frage gestellt. Das steigende Risiko von Extremwetterereignissen, Katastrophen und Pandemien wird heute viel stärker als direkte Herausforderung für das Gesundheitswesen erkannt. Die Diskussion um die Rolle des Gesundheitswesens im Katastrophenschutz, bei Fragen zur Energiesicherheit und Schwächen der Gesundheitsversorgung im Katastrophenfall gewinnen immer stärker an Relevanz – nicht zuletzt durch das Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachten der Entwicklung im Gesundheitswesen und in der Pflege (SVR) aus dem Jahr 2023. Darin wurde das deutsche Gesundheitswesen als „sehr komplex und fragil“ und pointiert gesagt als „ein nicht sehr reaktionsschnelles, wenig anpassungsfähiges 'Schönwettersystem'“ bewertet, das nicht nur „im Krisenfall unzureichend koordiniert und im Ergebnis häufig schlechter ist, als angesichts des hohen Mitteleinsatzes zu erwarten wäre“ (SVR 2023). Auch diese Entwicklungen bieten Anknüpfungspunkte für eine neue Diskussion um die Entwicklung des Gesundheitswesens als ein resilienteres Rückgrat in der Klimakrise.

2 Fazit

2.1 Zukunftsaufgaben des Gesundheitswesens mit Blick auf Klimaschutz

Die zukünftige Wirksamkeit von Initiativen und Aktivitäten zur Verankerung von Klimaschutz im Gesundheitswesen wird maßgeblich davon abhängen, inwieweit es gelingt, aktuelle systemische Entwicklungen im Gesundheitswesen strategisch aufzugreifen und mit klimapolitischen Zielen zu verknüpfen.

Folgende große Zukunftsfragen des Gesundheitswesens sollten hierbei mitgedacht werden:

Zukunftsaufgabe I: Überwindung der Systemkrise durch einen neuen Ordnungsrahmen für das Gesundheitswesen

Das Gesundheitssystem befindet sich am Limit (vgl. Kapitel 1.2). Das politische Versprechen eines verlässlichen, fairen Zugangs zur Versorgung für jeden kollidiert immer häufiger mit der Alltagserfahrung der Menschen in Deutschland. Zugespitzt gesagt, produziert das Gesundheitssystem aktuell aus einem (noch existenten) Ressourcen-„Überfluss“ einen im Alltagserleben der Menschen erlebten Versorgungs-Mangel. Das führt zu einem Vertrauensverlust in das Gesundheitssystem und die Handlungsfähigkeit der Politik.

Die Notwendigkeit für tiefgreifende Strukturreformen ist unstrittig. Sehr viele gut gemeinte Einzelreformen der vergangenen 10 Jahre führten das System leider genau in die Situation, in der es heute feststeckt. Es fehlt ein gemeinsamer Bezugsrahmen, der Richtung, Verantwortung und Legitimität stiftet. Seit dem letzten parteiübergreifenden konsentierten ordnungspolitischen Leitbild für das Gesundheitswesen – dem sogenannten Lahnsteiner Konsens von 1992 – operiert die Gesundheitspolitik und damit das System ohne einen ordnenden Rahmen. Ein neuer Ordnungsrahmen würde die notwendige Handlungssicherheit bei den Akteur:innen zur Überwindung der Systemkrise schaffen und das verlorengegangene Vertrauen der Menschen in ein (wieder) belastbares politisches Versprechen zurückgewinnen.

Dabei sollte das System danach ausgerichtet sein, was den Menschen nicht nur ein möglichst langes, sondern vor allem ein möglichst gesundes und selbstbestimmtes Leben ermöglicht: „Mehr gesunde Jahre“. Dazu bedarf es eines grundlegenden Paradigmenwechsels unseres Verständnisses von Gesundheit. Unser System sollte viel stärker der Definition der WHO folgen und Gesundheit als Fähigkeit verstehen, das eigene Leben aktiv zu gestalten – auch mit akuter oder chronischer Erkrankung. Versorgung, Anreize und Messung sollten auf Gesundheits- und Fähigkeitszugewinne ausgerichtet sein anstatt auf Pathologisierung und Chronifizierung.

Zukunftsaufgabe II: Etablierung eines ganzheitlichen Verständnisses von Prävention bei der Gestaltung des neuen Ordnungsrahmens

Bei der Ausgestaltung einer grundlegenden Neuordnung des Gesundheitssystems ist die Schonung von Ressourcen, ob finanziell, personell oder natürlich, eine der zentralen

Aufgaben. Vor diesem Hintergrund und um „mehr gesunde Jahre“ für die Bevölkerung zu schaffen, ist eine Umsteuerung hin zu einem umfassenden präventiven Handeln zwingend: Eine Erkrankung, die gar nicht erst eintritt, schafft die geringsten Kosten, den geringsten Arbeitsaufwand – und vor allem das geringste Leid. In der aktuellen Diskussion um die Zukunft des Gesundheitswesens ist daher die Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung ein starkes Ziel, das von verschiedensten Akteur:innen aus Gesetzlichen Krankenversicherungen, Ärzteschaft u.v.m. eingefordert wird. Diese erstarkende Diskussion bietet einen vielversprechenden Anknüpfungspunkt für die Platzierung von Klimaschutzthemen. Neben der Neugestaltung der Versorgungslandschaft hin zu mehr gesunden Lebensjahren durch Prävention und Steuerung liegen die größten Potentiale in Handlungsfeldern außerhalb des Gesundheitswesens, wie der Ernährungs- oder Mobilitätspolitik („Health in all policies“-Ansatz). Die großen Überschneidungen in den Zielsetzungen von Klima- und Gesundheitsakteur:innen in diesen Bereichen (z.B. Stärkung einer pflanzenbasierten Ernährung oder Verkehrswende) bieten ein großes Potential für gemeinsame Mobilisierung und Positionierung. Insbesondere die Ernährungswende kristallisiert sich als Schlüsselthema für Gesundheit heraus – mit Wirkpotenzial auf Prävention, Versorgungskosten und Umweltfolgen zugleich.

Zukunftsaufgabe III: Krisenfestigkeit und Resilienz des Systems stärken

Bedingt durch die multiplen globalen Krisen und das gesteigerte Auftreten von Ausnahmereignissen wurde im Betrachtungszeitraum der Begriff „Resilienz“ im Kontext von Klimaschutz und Klimaanpassung im Gesundheitswesen etabliert, unter anderem befördert durch das Gutachten „Resilienz im Gesundheitswesen. Wege zur Bewältigung künftiger Krisen“ des Sachverständigenrats Gesundheit & Pflege aus dem Jahr 2023. Bei seinen Empfehlungen für die notwendige Resilienz-Strategie hält das Gutachten fest, dass der Klimawandel große Gefahren für die menschliche Gesundheit beinhaltet und daher das Konzept der Planetaren Gesundheit in den „Health in All Policies“-Ansatz eingebracht und umfassend berücksichtigt werden muss (SVR 2023). Inzwischen spielt das Gesundheitswesen und dessen Krisenfestigkeit in der sicherheitspolitischen Diskussion eine immer größere Rolle. Nach Ansicht der Akteur:innen im Gesundheitswesen wird diese Diskussion auch einen erheblichen Einfluss auf die Debatte um Klimaanpassung und Klimaschutz haben.

2.2 Ableitungen für ein klimafreundliches Gesundheitswesen

Eine Transformation zu einem klimafreundlichen Gesundheitswesen braucht es aufeinander aufbauend...

1. ... eine Einbettung in die größere Debatte um die Zukunft der Versorgung,
2. ... eine Weiterentwicklung des politischen Narrativs,
3. ... eine nationale Strategie, die zentrale Zielkonflikte adressiert sowie
4. ... eine systematische Datentransparenz.

1. Eine Transformation zu einem klimafreundlichen Gesundheitswesen braucht... eine Einbettung in die größere Debatte um die Zukunft der Versorgung.

Die Verknüpfung der Fragen des Klimaschutzes mit den relevanten Zukunftsaufgaben zur Sicherung des Zugangs und der Versorgung der Patient:innen (vgl. Kapitel 2.1) unterstützt die Verankerung und Umsetzung von Klimaschutzaktivitäten im System und macht diese politisch anschlussfähig. Das verleiht dem Klimaschutzgedanken einen Mehrwert über den ökologischen hinaus und trägt der Tatsache Rechnung, dass „die reine Verbesserung der Umwelteffizienz der heutigen Leistungserbringung für den Umbau zu einem nachhaltigen Gesundheitssystem nicht ausreicht“ (Pichler et al 2023, S. 33).

2. Eine Transformation zu einem klimafreundlichen Gesundheitswesen braucht... eine Weiterentwicklung des politischen Narrativs.

Die Darstellung der positiven Auswirkungen von Klima- und Umweltschutz auf die Gesundheit war in den vergangenen Jahren ein entscheidender Faktor für das Agendasetting von Klimaschutz im gesellschaftlichen und politischen Diskurs, wie auch in der Bewusstseinsbildung im Gesundheitswesen. Die Gesundheitsfolgen der Klimakrise und die Gesundheitschancen von Klimaschutz aufzuzeigen, ergänzt die oft technischen Debatten der Klimapolitik um ein verständliches Narrativ, welches an die Lebenswirklichkeit der Menschen anknüpft. Allerdings bisher ohne durchschlagende politische Wirkung.

Die große Zukunftsaufgabe um die Resilienz von Infrastruktur und System gibt dem Klimaschutz eine weitere Möglichkeit der Anschlussfähigkeit an den politischen Diskurs. Die Verknüpfung der Themen Resilienz, Krisenfestigkeit und Klimaschutz kann dazu beitragen, die politische Relevanz der Klimaschutzdebatte insbesondere in den konservativen politischen Lagern zu steigern. Resilienz-Strategien sind sicherheitspolitisch anschlussfähig und ermöglichen die Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in übergeordnete Politikfelder. Mit Blick auf die internationale Lage rücken Fragen der Lieferkettenstabilität und Versorgungssicherheit immer stärker in den Fokus. Die Diskussion um eine größere Unabhängigkeit von außereuropäischen Produktionsstandorten – insbesondere im Bereich Arzneimittel und Medizintechnik – eröffnet neue politische Handlungsfelder mit potenziellen Nachhaltigkeitsgewinnen, etwa durch regionale Produktionskreisläufe.

Darüber hinaus wird durch die prekäre finanzielle Lage des Gesundheitswesens auch die wirtschaftliche Argumentation für Klimaschutz im Gesundheitswesen relevanter. Internationale Organisationen, wie die WHO, unterstreichen, dass jeder in Klimaschutz investierte Euro doppelte Einsparungen bei den Folgekosten von Gesundheitsbelastungen erzielen kann. Auch diese wirtschaftliche Perspektive sollte in der Kommunikation um Klimaschutz im Gesundheitswesen künftig stärker berücksichtigt werden.

Indem Klimaschutz und Klimaanpassung als zentrale Faktoren für die Widerstandsfähigkeit des Gesamtsystems – sowohl gesellschaftlich als auch im Gesundheitswesen – positioniert werden, steigt ihre Bedeutung im politischen Aufmerksamkeitswettbewerb und für weitere politische Akteursgruppen.

3. Eine Transformation zu einem klimafreundlichen Gesundheitswesen braucht... eine nationale Strategie, die zentrale Zielkonflikte adressiert.

Da es bisher an koordinierten kohärenten strategischen Vorstößen für das Gesundheitswesen fehlte, hängen die beschriebenen Aktivitäten der Akteur:innen im Gesundheitswesen stark von der eigenen Einsicht zur Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen auf Führungs- und Mitarbeiterebene im Gesundheitswesen ab (Vgl. Kapitel 1.3).

Fehlende oder durch ressort-, sektorenbezogenes und föderales Denken entstandene widersprüchliche regulatorische Rahmenbedingungen erhöhen den Komplexitätsgrad für die Umsetzung vor Ort und behindern eine flächendeckende Verstetigung der bereits ergriffenen Maßnahmen. Fehlende politische Zielsetzungen bzw. eine nicht erkennbare Agenda führen am Ende in jedem System zu Planungsunsicherheit und bremst Umsetzung – auch und besonders im Gesundheitswesen (Vgl. Kapitel 1.3).

Unabhängig von den großen Zukunftsaufgaben für das Gesundheitswesen braucht es für das System die politische Anerkennung und Klärung bestehender Zielkonflikte zwischen infrastrukturellen Vorgaben, wie Planungs-, Bau- und Hygienevorschriften und Vergaberegelungen, der im Gesundheitssystem immer angestrebten Sicherstellung der Versorgung(-squalität) der Patient:innen sowie Klimaschutzziele. Demnach müssen etwa Maßnahmen zur Dekarbonisierung des Gesundheitswesens so gestaltet werden, dass sie keine zusätzlichen Belastungen für das Personal in Gesundheitseinrichtungen erzeugen, sondern idealerweise zur Entlastung und Attraktivitätssteigerung des Sektors beitragen. Ein aktuell diskutiertes Spannungsfeld ergibt sich aus dem Zielkonflikt zwischen Hygienestandards und Klima- bzw. Umweltschutz. Die steigende Bedeutung von Infektionsprävention – nicht zuletzt infolge der COVID-19-Pandemie – steht teilweise im Widerspruch zu Maßnahmen zur Abfallvermeidung oder Ressourcenschonung. Hier bedarf es innovativer Lösungen und wenn nötig den politischen Willen, diese beide Ziele miteinander in Einklang zu bringen.

Angesichts der aktuellen politischen Mehrheiten ist die Verabschiedung einer umfassenden Klimaschutz-Strategie für das Gesundheitswesen in naher Zukunft allerdings unwahrscheinlich. Ein Blick über die europäischen und internationalen Grenzen (Großbritannien, USA, Australien) hinweg zeigt, dass strukturierte Anreize und politische Maßnahmen den Fortschritt von Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsbemühungen und eine effektive Umsetzung von Veränderungen erleichtern. Vergleichsstudien empfehlen einen spezifischen nationalen Nachhaltigkeitsrahmen für das Gesundheitssystem, finanzielle Anreize und neue Finanzierungsmodelle, wie öffentlich-private Partnerschaften, um die Dekarbonisierung und Abfallreduzierung etwa in großen Gesundheitseinrichtungen zu vereinfachen (Schwab et al 2025).

Ein möglicher institutioneller Anknüpfungspunkt für die Entwicklung eines solchen strategischen Rahmens wäre der „Klimapakt Gesundheit“ (vgl. Kapitel 1.3), der zwar alle einflussreichen Akteursgruppen der Selbstverwaltung zusammenbrachte, aber dann bei einer Absichtserklärung stehen blieb. Bei einer Weiterentwicklung dieses Gremiums zu einem tatsächlich handelnden Akteur könnte das BMG den Gestaltungswillen und die Erfahrung der Selbstverwaltung nutzen, um die zentralen Fragestellungen zu bearbeiten, Lösungsansätze zu entwickeln und Ableitungen für das eigene regulatorische Handeln abzuleiten. Unter dem Dach des Klimapaktes könnten betroffene Akteur:innen gemeinsam an der Klärung von Zielkonflikten und der Entwicklung eines Handlungsrahmens für einzelne Bereiche des Gesundheitswesens

arbeiten und eine konkrete Roadmap auf Basis der Anforderungen des Klimaschutzgesetzes entwickeln. Hierfür bräuchte es den politischen Willen, das BMG als institutionellen Träger des Klimapaktes mit den entsprechenden Haushaltsmitteln auszustatten, um z.B. eine federführende Geschäftsstelle einzurichten. Das würde den Auftrag aus dem Alltagsgeschäft des zuständigen Referats herauslösen und damit mehr Handlungsspielraum ermöglichen.

4. Eine Transformation zu einem klimafreundlichen Gesundheitswesen braucht... eine systematische Datentransparenz.

In Deutschland gibt es bisher weder eine nationale Berichterstattung für THG-Emissionen noch ein sektorales Netto-Null-Ziel für den Gesundheitsbereich. Der Gesundheitssektor ist bisher nicht gut in den amtlichen Statistiken abgebildet und es liegen nicht genügend Informationen über die internationalen Lieferketten der Pharmaindustrie vor. Dies erschwert die Schätzung und die Zuordnung der Emissionen nach Art des Gesundheitsdienstes und -einrichtung (PIK 2022).

Gesundheitsindustrie und große Träger erfassen – nicht zuletzt bedingt durch die europäische Regulatorik – immer mehr Daten zu Aspekten der ökologischen Nachhaltigkeit, auch zu Treibhausgasemissionen. Für den ambulanten Bereich liegen solche Daten noch nicht vor. Projekte zur Erfassung des Carbon Footprints im Gesundheitswesen – kommerzielle wie zivilgesellschaftlich – fokussieren sich aktuell mit Ihrem Angebot vor allem auf den stationären Bereich der Akutkrankenhäuser – und stehen dort vielfach noch am Anfang der Datenerhebung. Beispielhaft zu nennen sind hier das Kompetenzzentrum für klimaresiliente Medizin und Gesundheitseinrichtungen (KLiMeG), das Projekt „Klimaschutz in Kliniken durch Optimierung der Lieferketten“ (KliOL) des Universitätsklinikums Heidelberg und die „Fallstudiengestützte Carbon Footprint Bewertung nach GHG Protocol und Potenzialanalyse von Klimaschutzmaßnahmen im Klinikbetrieb“ (CAFOGES) der Uniklinik Freiburg. Die systemischen Fortschritte und Erfolge der schon aktiven Klimaschutzinitiativen bleiben daher bisher noch auf anekdotischem Niveau.

An dieser Stelle sei allerdings hervorzuheben, dass die Schaffung einer systematischen Datentransparenz nicht mit einem Ausbau der bürokratischen Verpflichtungen verbunden sein darf. Vielmehr wird angeregt, die Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern zum Monitoring von Nachhaltigkeitsaspekten im Gesundheitssystem (z.B. UK) und internationale Standards heranzuziehen oder im Rahmen der Nachhaltigkeitsberichterstattung erhobenen Daten bei Industrie und Leistungserbringenden systematischer zusammenzuführen und für eine strategische Ausrichtung hin zu einem klimafreundlichen Gesundheitswesen zu nutzen. Auch die Möglichkeiten der Datenerhebung im ambulanten Sektor sollten stärker in den Blick genommen werden.

Referenzen

Agora Energiewende (2023). Die Energiewende in Deutschland: Stand der Dinge 2023 Rückblick auf die wesentlichen Entwicklungen sowie Ausblick auf 2024. https://www.agora-energie-wende.de/fileadmin/Projekte/2023/2023-35_DE_JAW23/A-EW_317_JAW23_WEB.pdf (Abruf am: 23.09.2025).

AOK Baden-Württemberg (2023). Antibiotikaresistenzen: Studie zeigt hohen Handlungsdruck. <https://www.aok.de/pp/bw/pm/nachhaltige-arzneimittelversorgung/> (Abruf am: 23.09.2025).

Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (2024). Bayerisches Kompetenzzentrum für Gesundheitsschutz im Klimawandel: Jahresbericht 2023. https://www.lgl.bayern.de/gesundheits-umweltbezogener_gesundheitsschutz/klimawandel_gesundheit/jb23_kompetenzzentrum.htm (Abruf am: 23.09.2025).

BDH - Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie (2025). Heizungsmarkt weiter im Rückwärtsgang – Heizungsindustrie fordert schnell klare Rahmenbedingungen. <https://www.bdh-industrie.de/presse/presse-meldungen/artikel/heizungsmarkt-weiter-im-rueckwaertsgang-heizungsindustrie-fordert-schnell-klare-rahmenbedingungen> (Abruf am: 23.09.2025).

Bertelsmann Stiftung (2011). Faktencheck Gesundheit. Regionale Unterschiede in der Gesundheitsversorgung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Faktencheck_Gesundheit_Regionale_Unterschiede.pdf (Abruf am: 23.09.2025).

BKK-Dachverband (2023). Restart Prevention – Gesundheit nachhaltig gestalten!. <https://www.bkk-dachverband.de/politikpapiere/positionspapier/restart-prevention-gesundheit-nachhaltig-gestalten> (Abruf am: 23.09.2025).

Blum, K. (2024). Deep Dive: Nachhaltigkeit – Mehr als Solar aufs Krankenhaus. <https://unboxing-healthcare.de/deep-dive-nachhaltigkeit-mehr-als-solar-aufs-krankenhaus/> (Abruf am: 23.09.2025).

Blum, K., Graalman, J., & Kreßler, F. (2022). Gesundes Klima? Retrospektive: Aktivitäten und Akteure des deutschen Gesundheitswesens im Bereich „Klimawandel und Gesundheit“ (Fortführung). https://brueckenkoepfede.cdn.prismic.io/brueckenkoepfede/3c45a212-904b-44ed-87b7-1f218920f363_Br%C3%BCckenK%C3%B6pfe_akt.+Retrospektive_Klima_Gesundheit.pdf (Abruf am: 23.09.2025).

BMG - Bundesministerium für Gesundheit (2022). Klimapakt Gesundheit. Gemeinsam für Klimaanpassung und Klimaschutz im Gesundheitswesen eintreten. https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/G/Gesundheit/Erklaerung_Klimapakt_Gesundheit_A4_barrierefrei.pdf (Abruf am: 23.09.2025).

BMG - Bundesministerium für Gesundheit (2023). Ökonomische Analysen im Gesundheitswesen (ÖNaG). <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/ressortforschung/handlungsfelder/gesundheitsversorgung/oenag.html> (Abruf am: 23.09.2025).

Bundesverband Wärmepumpe e.V. (2025). Wärmepumpenabsatz 2024: Markt geht auf 193.000 Geräte zurück. <https://www.waermepumpe.de/presse/zahlen-daten/absatzzahlen/> (Abruf am: 23.09.2025).

CDU, CSU, SPD (2025). Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. <https://www.koalitionsvertrag2025.de/> (Abruf am: 23.09.2025).

Climate Outreach (2022). Übers Klima reden - Zusammenfassung. <https://climateoutreach.org/uebers-klima-reden/zusammenfassung/> (Abruf am: 23.09.2025).

Copernicus (2023). Copernicus: 2023 is the hottest year on record, with global temperatures close to the 1.5°C limit. <https://climate.copernicus.eu/copernicus-2023-hottest-year-record> (Abruf am: 23.09.2025).

CPHP - Centre for Planetary Health Policy (2022). Umsetzung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit unter Ärzt:innen und Führungskräften im Gesundheitswesen braucht Unterstützung. Auswertung einer Umfrage der Stiftung Gesundheit im Auftrag der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit e.V. und dem Centre for Planetary Health Policy. <https://cphp-berlin.de/umsetzung-von-klimaschutz-und-nachhaltigkeit-unter-aerztinnen-und-fuehrungskraeften-im-gesundheitswesen-braucht-unterstuetzung/> (Abruf am: 23.09.2025).

Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) (2025). Förderinitiative „Planetary Health“. DBU. <https://www.dbu.de/themen/foerderinitiativen/planetary-health/> (Abruf am: 23.09.2025).

Deutscher Bundestag (2021). Bundestag verschärft das Klimaschutzgesetz. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw25-de-klimaschutzgesetz-846922> (Abruf am: 23.09.2025).

Deutschlandfunk (2025). Trump und die Energiewende. Abkehr der USA vom Pariser Klimaabkommen und die Folgen. <https://www.deutschlandfunk.de/trump-paris-klimaabkommen-energiewende-usa-100.html> (Abruf am: 23.09.2025).

DRK - Deutsches Rotes Kreuz Baden-Württemberg (DRK) (2025). Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen. <https://www.drk-baden-wuerttemberg.de/angebote/klimaanpassung-nachhaltigkeit/klimaanpassung/bmuv-pro.html> (Abruf am: 23.09.2025).

EU KOM – Europäische Kommission (2025): Kommission will Bürokratie und Hürden für Unternehmen abbauen. https://commission.europa.eu/news-and-media/news/commission-proposes-cut-red-tape-and-simplify-business-environment-2025-02-26_de (Abruf am: 23.09.2025)

F.A.Z.-Institut (2022). Klimaneutraler Gesundheitssektor. Meilensteine auf einem langen Weg. https://research.faz-bm.de/wp-content/uploads/2023/10/BARMER-Klimaneutraler-Gesundheitssektor-2022_L.pdf (Abruf am: 23.09.2025).

F.A.Z.-Institut (2024). BARMER Klimaschutzindex 2024. <https://research.faz-bm.de/publikationen/barmer/klimaneutraler-gesundheitssektor/klimaschutzindex/index-2024/> (Abruf am: 23.09.2025).

F.A.Z.-Institut (2025). BARMER Klimaschutzindex. <https://research.faz-bm.de/publikationen/barmer/klimaneutraler-gesundheitssektor/klimaschutzindex/> (Abruf am: 23.09.2025).

G-BA Gemeinsamer Bundesausschuss (2022). Förderbekanntmachung Versorgungsforschung zum themenspezifischen Bereich. <https://innovationsfonds.g-ba.de/foerderbekanntmachungen/foerderbekanntmachung-versorgungsforschung-zum-themenspezifischen-bereich-zuletzt-geaendert-am-16-11-2023.40> (Abruf am: 23.09.2025).

Gepp, S., van de Pas, R., Voss, M., Baltruks, D., Sievert, G., Mirow, J. (2025). Advancing Climate Change and Health Policies in Germany: Insights from National Policy Stakeholders. <https://doi.org/10.5281/zenodo.14917029> (Abruf am: 24.09.2025).

Gesundheit Österreich (2025). Projekt „Beratung klimafreundlicher Gesundheitseinrichtungen“ – Call 2025. https://agenda-gesundheitsfoerderung.at/kokug/beratung_klimafreundliche_ge (Abruf am 23.09.2025)

GMK - Gesundheitsministerkonferenz (2020). Beschlüsse der GMK 30.09.2020 - 01.10.2020. <https://www.gmkonline.de/Beschluesse.html?id=1018&jahr=2020> (Abruf am: 23.09.2025).

GKV-Spitzenverband (2022). Leitfaden Prävention. https://www.gkv-spitzenverband.de/krankenversicherung/praevention_selbsthilfe_beratung/praevention_und_bgf/leitfaden_praevention/leitfaden_praevention.jsp(Abruf am: 23.09.2025).

Graalman, J., Rödiger, T., Blum, K. & Kreßler, F., (2023). Nachhaltigkeit im deutschen Gesundheitswesen. https://brueckenkoepfede.cdn.prismic.io/brueckenkoepfede/7e38aefa-6b71-48f3-9c3d-0e0d0b3b5ba1_9783954667574_Leseprobe.pdf (Abruf am: 23.09.2025).

Graalman, J., Rödiger, T., Blum, K., Kreßler, F., & Kuschel, T. (2024). Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen: Warum wir einen Paradigmenwechsel brauchen. https://brueckenkoepfede.cdn.prismic.io/brueckenkoepfede/Zi9Psd3lpQ5PTO12_GraalmannetalNachhaltigkeitGesundheitswesenParadigmenwechsel2024.pdf (Abruf am: 23.09.2025).

HAGE - Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V. (2023). Fach- und Vernetzungsstelle Gesundheitsförderung und Klimawandel. <https://hage.de/arbeitsbereiche/gesundheit-und-klima/> (Abruf am: 23.09.2025).

HMUKLV - Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2023). Klimaplan Hessen. Auf dem Weg zur Klimaneutralität. https://landwirtschaft.hessen.de/sites/landwirtschaft.hessen.de/files/2023-03/der_klimaplan_hessen_barrierefrei.pdf(Abruf am: 23.09.2025).

KLUG - Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit (2023). Gesundheitsbezogener Hitzeschutz: Das Aktionsbündnis Hitzeschutz Berlin. <https://hitzeschutz-berlin.de/> (Abruf am: 23.09.2025).

LGK NRW - Landesgesundheitskonferenz Nordrhein-Westfalen (2022). 30. Landesgesundheitskonferenz Nordrhein-Westfalen. Klimaschutz und Klimaanpassung sind Gesundheitsschutz. https://www.mags.nrw/system/files/media/document/file/2022_10_31_lgk-erklaerung_2022.pdf (Abruf am: 23.09.2025).

LZG NRW - Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen (2025). Klima und Gesundheit. https://www.lzg.nrw.de/ges_foerd/klima_gesundheit/index.html (Abruf am: 23.09.2025).

McKinsey Health Institute (2022). Adding years to life and life to years. <https://www.mckinsey.com/mhi/%20our-insights/adding-years-to-life-and-life-to-years> (Abruf am: 23.09.2025).

More in Common (2024). Orientierung gesucht: Wie es unserer Gesellschaft vor den Neuwahlen geht. <https://www.moreincommon.de/wp-content/uploads/2024/12/2024-more-in-common-studie-orientierung-neuwahlen.pdf> (Abruf am: 23.09.2025).

NKI - Nationale Klimaschutzinitiative (2025). Klimaschutz in Deutschland. <https://www.klimaschutz.de/de/foerderung-der-nki/foerderprogramme/kommunalrichtlinie> (Abruf am: 23.09.2025).

OECD & European Observatory on Health Systems and Policies (2023). Germany: Country Health Profile 2023. <https://doi.org/10.1787/21dd4679-en> (Abruf am: 23.09.2025).

PACE - Planetary Health Action Survey (2025). Zusammenfassung und Empfehlungen – Mai 2025. <https://projekte.uni-erfurt.de/pace/summary/26/> (Abruf am: 23.09.2025).

PD - Partnerschaft Deutschland (2025). Nachhaltigkeit im Gesundheitssektor gezielt stärken – eine Analyse der Förderlandschaft. <https://www.pd-g.de/aktuell-im-fokus/nachhaltigkeit-im-gesundheitswesen> (Abruf am: 23.09.2025).

PIK - Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (2022). Evidenzbasis Treibhausgasemissionen des deutschen Gesundheitswesens GermanHealthCFP. https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5_Publikationen/Gesundheit/Abschlussberichte/GermanHealthCFP_Sachbericht.pdf (Abruf am: 23.09.2025).

Porst, M., et al. (2022). The Burden of Disease in Germany at the National and Regional Level. Deutsches Ärzteblatt. <https://doi.org/10.3238/arztebl.m2022.0314> (Abruf am: 23.09.2025).

RKI - Robert Koch Institut (2023). Sachstandsbericht Klimawandel und Gesundheit. <https://www.rki.de/DE/Themen/Gesundheit-und-Gesellschaft/Klimawandel/Klimawandel-Gesundheit-Sachstandsbericht.html> (Abruf am: 23.09.2025).

Schmidt, L., & Bohnet-Joschko, S. (2025). Emergent climate protection strategies in German hospitals: A cluster analysis. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0312661> (Abruf am: 23.09.2025).

Schwab, T., Schiestl, L. J. & Hasenburg, A. (2025). Greening the future of healthcare: implementation of sustainability strategies in German hospitals and beyond – a review. <https://www.frontiersin.org/journals/public-health/articles/10.3389/fpubh.2025.1559132/full> (Abruf am: 23.09.2025).

SMBWL - Sozialministerium Baden-Württemberg (2025a). Kompetenzzentrum Klimawandel und Gesundheit. <https://www.gesundheitsamt-bw.de/lga/de/kompetenzzentren-netzwerke/kompetenzzentrum-klimawandel-und-gesundheit/> (Abruf am: 23.09.2025).

SMBWL - Sozialministerium Baden-Württemberg (2025b). Aktionsbündnis Klimawandel und Gesundheit. <https://www.gesundheitsamt-bw.de/lga/de/themen/gesundheit-umwelt/klima/aktionsbueundnis-klimawandel-und-gesundheit/> (Abruf am: 23.09.2025).

SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN & FDP (2021). Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. <https://www.spd.de/koalitionsvertrag2021> (Abruf am: 23.09.2025).

StMGP - Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention Bayern (2025). Green Hospital PLUS Initiative – soziale und ökologische Nachhaltigkeit in bayerischen Krankenhäusern. <https://www.stmgb.bayern.de/gesundheitsversorgung/krankenhaeuser/green-hospital-plus/> (Abruf am: 23.09.2025).

SVR - Sachverständigenrat Gesundheit (2001). Bedarfsgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit. https://www.svr-gesundheit.de/fileadmin/Gutachten/Gutachten_2000_2001/Kurzfassung_Band1_2.pdf (Abruf am: 23.09.2025).

SVR - Sachverständigenrat Gesundheit (2023). Gutachten Resilienz im Gesundheitswesen. Wege zur Bewältigung künftiger Krisen. <https://www.svr-gesundheit.de/publikationen/gutachten-2023/> (Abruf am: 23.09.2025).

TK Techniker Krankenkasse (2024). Nachhaltige Arztpraxis: Das Qualitätssiegel von TK und aQua-Institut. <https://www.tk.de/presse/themen/gesundheitsystem/nachhaltigkeit/nachhaltige-arztpraxis-2169318> (Abruf am: 23.09.2025).

UBA - Umweltbundesamt (2025). Umweltbewusstsein in Deutschland 2024. Kurzbericht zur Bevölkerungsumfrage. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbewusstsein-in-deutschland-2024> (Abruf am: 23.09.2025).

Verband der Krankenhausgesellschaften Bayern (2025). Verbundprojekt „Klimawandel und Gesundheit“ in Bayern (VKG). <https://www.vkg.bayern.de/> (Abruf am: 23.09.2025).

Viamedica Stiftung (2022). ReKlimaMed: Ressourceneffizienz, Klimaschutz und ökologische Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen – Eine Bestandsaufnahme. <https://www.viamedica-stiftung.de/projekte/reklimamed> (Abruf am: 24.09.2025).